



Protokoll (Doppelsitzung)

37. Sitzung des Gemeinderates
Montag, 11. November 2013, 19.00 Uhr,
Gemeinderatssaal, Stadthaus

TRAKTANDEN

- 1 Mitteilungen
- 2 Protokollabnahme
- 3 Einzelinitiative 177 von Thomas Eschler betreffend «Die Stadt Uster liquidiert die, im städt. Alleineigentum stehende, Energie Uster AG und überführt diese, gemäss den Bestimmungen des Obligationenrechts bisher eigenständige Aktiengesellschaft, in eine öffentlich-rechtliche Geschäftsform bzw. in ein Gemeinde- oder Stadtwerk»
- 4 Motion 580 von Balthasar Thalmann und Jean-François Rossier betreffend «Verbindliches Gesamtkonzept Schifflande-Seebadi»
- 5 Einzelinitiative 178 von Hansruedi Pauli und Paul Stopper betreffend «Erarbeitung eines Gesamtkonzeptes an der Schifflande Niederuster»
- 6 Antrag des Stadtrates betreffend Baukredit Sanierung und Erweiterung Hallenbad Buchholz (Antrag Nr. 184/2013)
- 7 Antrag der Primarschulpflege betreffend Kreditgenehmigung für den Wettbewerb und das Vorprojekt neues Schulhaus Krämeracker (Antrag Nr. 190/2013)

- 8 Antrag des Stadtrates betreffend Abteilung Gesundheit - Geschäftsfeld Sport
Fussball-Anlage Heusser-Staub - Ersatz Garderoben-Anlage
(Antrag Nr. 187/2013)

- 9 Antrag des Stadtrates betreffend ARA Uster betreffend Erweiterung und Erneuerung der
biologischen Stufe - Genehmigung der Bauabrechnung
(Antrag Nr. 169/2013)

- 10 Antrag des Stadtrates betreffend Zustandserfassung der privaten
Liegenchaftsentwässerungsanlagen in besonders relevanten Grundwasservorkommen
- Genehmigung der Kreditabrechnung
(Antrag Nr. 181/2013)

- 11 Antrag des Stadtrates betreffend Energie Uster AG / Geschäftsbericht 2012
(Antrag Nr. 182/2013)

- 12 Antrag des Stadtrates betreffend Seestrasse 107, Bereitstellen Schulraum Primarschule inkl.
Fassadensanierung - Genehmigung der Bauabrechnung
(Antrag Nr. 173/2013)

- 13 Antrag der Primarschulpflege betreffend Schulhausanlage Gschwader, Erstellen Schulpavillon
- Genehmigung der Bauabrechnung
(Antrag Nr. 179/2013)

Präsenz

Vorsitz	Gabriela Seiler, Präsidentin
Protokoll	Catherine Wenzel, Parlamentssekretärin
Anwesend	36 Ratsmitglieder (inkl. Präsidentin)
Stadtrat	Martin Bornhauser, Stadtpräsident Werner Egli, Abteilungsvorsteher Finanzen Thomas Kübler, Abteilungsvorsteher Bau Sabine Wettstein-Studer, Abteilungsvorsteherin Bildung Barbara Thalmann Stammbach, Abteilungsvorsteherin Soziales Hans Streit, Abteilungsvorsteher Sicherheit Esther Rickenbacher, Abteilungsvorsteherin Gesundheit Hansjörg Baumberger, Stadtschreiber
Entschuldigt	
Unentschuldigt	
Verspätet:	(ab Traktandum)
Presse	Christian Brüttsch, AvU Eduard Gautschi, TA Stefan Hotz, NZZ

Die Präsidentin begrüsst alle Anwesenden.

Es erfolgt der Namensaufruf durch die Parlamentssekretärin.

Änderung Traktandenliste/Tagesordnung

Es wird aus dem Rat keine Änderung der Traktandenliste verlangt.

Gestützt auf Artikel 21 der Geschäftsordnung schlägt die Präsidentin vor, dass die Traktanden 4 (Motion Thalmann/Rossier betr. Gesamtkonzept Schiffflände-Seebadi) und 5 (Einzelinitiative der Herren Pauli und Stopper betr. Gesamtkonzept an der Schiffflände Uster) zusammen beraten und danach über jedes Geschäft separat abgestimmt wird. Gegen dieses Vorgehen wird keinen Einwand erhoben.

Persönliche Erklärungen:

Thomas Wüthrich

Persönliche Erklärung

*Sehr geehrte Frau Präsidentin
Geschätzte Anwesende*

Die Fasnacht, heute um 11.11 Uhr begonnen, hat ein Sujet auf sicher: Die Parkraumbewirtschaftung in Uster.

Mit der Annahme der Leistungsmotion 577 vor bald drei Jahren sowie mit dem Beschluss vom Februar dieses Jahres hat der Gemeinderat explizit und implizit beschlossen, dass alle öffentlichen Parkplätze bewirtschaftet werden sollen.

Und kaum soll dieser Grundsatz umgesetzt werden, geht ein Zeter und Mordio los. Ja die FDP will sogar den Kredit kürzen, mit dem die notwendigen Installationen für die Parkraumbewirtschaftung realisiert werden sollen. Dass die FDP dabei wie die alte Fasnacht hinterher kommt, sei ihr verziehen. Dass aber die von der FDP – zusammen mit anderen bürgerlichen Kräften – gewählte Obstruktionspolitik die Stadtkasse Zehn- ja Hunderttausende von Franken kostet, ist inakzeptabel.

Oder ist es am Ende gar so, dass sich die bürgerliche Mitte vor den Wahlen einfach mit den Spendierhosen verkleidet hat und sich jetzt nach jahrelanger Steuerknauserigkeit temporär grosszügig gibt. Wenn diese Grosszügigkeit an der heutigen Sitzung auch den Grossprojekten Hallenbad und Krämeracker zuteil würde, dann hätte dieses widersprüchliche Politik wenigstens noch eine gute Seite.

Für mich ist eines klar geworden. Nachdem jetzt auch noch die stadträtlichen Ausführungsbestimmungen betreffend gebührenpflichtiges Parkieren auf Druck der bürgerlichen Parteien verwässert wurden, werden wir Grünen für unsere Standaktionen in Zukunft einen Parkplatz mieten. Das kommt allemal billiger als 30.- Franken an Gebühren an die Verwaltungspolizei abzuliefern.

*Thomas Wüthrich
Gemeinderat Grüne*

Marianne Siegrist

Persönliche Erklärung zum Postulat Nr. 602 von Marianne Siegrist „Verflüssigung des Verkehrs im Zentrum“, abgeschrieben am 13. Sept. 2010

*Sehr geehrte Frau Präsidentin
Geschätzte Anwesende*

Am 12. Mai 2010 habe ich mein Postulat mit dem Titel „Verflüssigung des Verkehrs im Zentrum“ eingereicht. Am 13. Sept. 2010 wurde dieses mit 30:1 Stimme abgeschrieben. Und was ist in der Zwischenzeit passiert, immerhin sind seither drei Jahre vergangen – Nichts!

In meinem Postulat habe ich vorgeschlagen den Verkehrsstrom Dammstrasse/Berchtoldstrasse/Bankstrasse zu vereinfachen, bzw. den Nord-/Südachse Verkehrsstrom zu verflüssigen. Um dies zu erreichen schlug ich vor, Linksabbiegeverbote zu installieren. Mit den einfachen vorgeschlagenen Massnahmen könnte verhindert werden, dass links abbiegende Autos diese neuralgische Kreuzung verstopfen. Der Busverkehr wäre selbstverständlich davon ausgenommen. In der Zwischenzeit hat sich die Situation in den Hauptverkehrszeiten

dermassen verschlechtert, dass Verkehrsdienste an der neuralgischen Stelle eingesetzt sind um den Bussen Vortritte zu gewährleisten.

In seiner Antwort bestätigte der SR, dass die beschriebene Verkehrssituation nicht befriedigenden gelöst sei. Aus verschiedenen Gründen lehnte der SR die vorgeschlagenen Massnahmen aber ab, erklärte sich hingegen bereit, ein provisorisches Linksabbiegeverbot Dammstrasse/Bankstrasse zu signalisieren. Weil bis jetzt nichts passiert ist und ich bei Nachfragen immer wieder die Antwort erhielt, die Sache sei beim Kanton hängig, bitte ich den SR, insbesondere die Abteilung Sicherheit, endlich aktiv zu werden und das in der Postulatsantwort gegebene Versprechen einzulösen! Ich bin überzeugt, alle Verkehrsteilnehmer wären Ihnen sehr dankbar!

*Vielen Dank.
Marianne Siegrist, FDP Gemeinderätin*

Ursula Räuftlin stellt den

Ordnungsantrag: *Es sei eine Pause einzuschalten vor dem Traktandum 6 betreffend Hallenbad einzuschalten, damit die Fraktionen zusammensitzen können. Dies ist notwendig, weil heute Mittag noch ein kurzfristiger Antrag der SP-Fraktion eingegangen ist.*

Abstimmung

Der Gemeinderat stimmt

mit 10 : 16 Stimmen

Der Antrag ist abgelehnt.

1 Mitteilungen

Die Vorsitzende informiert:

Wie sicher allen bekannt ist, liegt die Zufriedenheitsstudie der Ustermer Bevölkerung vor. Das Ergebnis ist ja sehr erfreulich ausgefallen. Im Laufe dieser Woche wird ein Exemplar der gesamten Studie im Aktenbüro aufliegen. Da zusätzliche Exemplare separat gedruckt werden müssen, haben wir auf einen flächendeckenden Versand an alle Gemeinderäte verzichtet. Es wird aber neben dem Belegexemplar auch eine Namensliste aufliegen, wer ein persönliches Exemplar wünscht kann sich bis und mit nächste GR Sitzung vom 2. Dezember 2013 eintragen.

Die nächste GR Sitzung vom 2. Dezember . ist ja bekanntlich die Budgetdebatte, um eine möglichst effiziente Sitzung abhalten zu können bitte ich alle, sich bei den Referaten auf Wichtige zu konzentrieren und auf langatmige Dankesreden und Aufzählung der Sitzungsteilnehmer zu verzichten. Bei Anträgen, die nicht in einer Sachkommission oder der RPK gestellt wurden, wäre zwecks Übersicht und Vorbereitung froh, wenn diese am Montag bis 15.00 Uhr den Weg per Mail ins Parlamentssekretariat finden würden.

Die heutige Sitzung wird nach circa 1 Stunde kurz unterbrochen, damit die Bürgerrechtsbewerber den Saal falls gewünscht verlassen können, ebenso erfolgt eine kurze Unterbrechung nach dem Traktandum Hallenbad. Ich hoffe, dass es so zu möglichst wenigen Unruhen und Störungen während der Ratssitzung kommt.

2 Protokollabnahme

Das Protokoll der 36. Sitzung des Gemeinderates vom 23. September 2013 ist rechtzeitig aufgelegt. Beanstandungen sind keine eingegangen. Das Protokoll gilt im Sinne von Art. 53 Abs. 4 i.V.m. Art. 67 Abs. 4 der Geschäftsordnung als genehmigt.

3 Einzelinitiative von Thomas Eschler betreffend «Die Stadt Uster liquidiert die, im städt. Alleineigentum stehende, Energie Uster AG und überführt diese, gemäss den Bestimmungen des Obligationenrechts bisher eigenständige Aktiengesellschaft, in eine öffentlich-rechtliche Geschäftsform bzw. in ein Gemeinde- oder Stadtwerk»

Bruno Modolo ist als CEO der Energie Uster AG im Ausstand.

Der Initiant ist nicht persönlich anwesend.

Der Stadtrat wünscht das Wort. **Werner Egli** referiert.

Der Stadtrat empfiehlt dem Gemeinderat diese Einzelinitiative abzulehnen.

Der Initiant begründet sein Anliegen unter anderem damit, dass das Öffentlichkeitsprinzip, wie es in der öffentlichen Verwaltung gilt, bei der Energie Uster AG - welche als Aktiengesellschaft wirkt, ausgehebelt, unterminiert und nicht anwendbar ist. Die heutige Unternehmensform schmälere die Mitsprache der Stimmbürger und Kunden.

Somit verlangt der Initiant, dass Stimmbürger und Kunden mehr Einfluss auf die Energie Uster nehmen können.

Wie in der Antwort zur Anfrage Nr. 577 von Thomas Wüthrich und Luzia Thaler beschrieben, kann der Stadtrat kein Demokratiedefizit erkennen. Die damalige Auslagerung in eine Aktiengesellschaft entspricht dem in einer Volksabstimmung geäusserten Willen der Ustermer Bevölkerung. Der vom Volk gewählte Stadtrat kann an der jährlichen Generalversammlung jeweils seinen Einfluss gegenüber dem Verwaltungsrat und der Geschäftsleitung geltend machen, indem er die Aktionärsrechte aktiv wahrnimmt. Und er nimmt diese alljährlich aktiv wahr. Geschäftsbericht und Rechnung werden dem Parlament aufgelegt und es findet eine Ratsdebatte statt.

Aufgrund der Gemeindeorganisation obliegen gesetzliche Fragen der Stromversorgung, der Ausrichtung des Geschäfts und der Geschäftstransparenz grundsätzlich dem Gemeinderat. Die Frage der Strommarktpolitik ist hingegen durch das Bundesrecht abschliessend geregelt. Die Geschäftsausrichtung ist in Art. 5 der Gemeindeordnung festgelegt. Dazu gibt es zur Konkretisierung der Geschäftstätigkeit der EnU einen separaten Konzessionsvertrag. Die Organisation der Energie Uster in Form einer Anstalt oder als unselbständiges Stadtwerk würde an der Mitwirkungsmöglichkeit des Stimmbürgers oder der Kunden kaum etwas ändern. Die Transparenz ist heute bereits hoch. Der Stimmbürger kann in Zukunft hingegen in den geöffneten Märkten direkt und selber entscheiden, wessen Leistungen er beziehen will.

Die Marktöffnung im Elektrizitäts-, Gas und Telekommunikationsbereich macht es unerlässlich, dass eine klare Trennung zwischen der öffentlich-rechtlichen Aufgabendefinition und der Erfüllung der Aufgaben gemacht wird. Die Auslagerung in eine Aktiengesellschaft, wie vor Jahren beschlossen, dient daher der optimalen Erfüllung des vom Volk genehmigten Auftrags. Optimal bedeutet auch, dass die EnU am schnell-lebigen Energiemarkt rasch handeln kann und auch muss. Wollte man diese Entscheidungen verpolitisieren, hätte dies fatale Folgen.

Der Initiant begründet im Weiteren, dass die Ustermer Stimmbürger bei Annahme der Einzelinitiative einen Gewinn bezüglich Transparenz und Mitspracherechten in allen Belangen der neuen Unternehmensorganisation bekommen. Zudem könnten Einsparungen im Bereich der Verwaltungshonorare und Verwaltungsbüroaufwendungen erzielt werden.

Die Energie Uster legt ihre Verhältnisse und Aktivitäten offen dar. Die Rechnung ist transparent. Die Energie Uster berichtet an die Kommissionen des Gemeinderats und informiert periodisch über die strategische Ausrichtung an den Stadt- und an den Gemeinderat. Im Rahmen der Generalversammlung informiert die Energie Uster den Stadtrat ausführlich über die Geschäftstätigkeiten. Die Energie Uster informiert zudem regelmässig ihre Kunden durch Flyer und Medienmitteilungen.

Eine mitentscheidende Voraussetzung für den Erfolg eines Energieversorgers im heutigen Marktumfeld ist die Zusammensetzung des Verwaltungsrates und der Geschäftsleitung mit Personen mit energiewirtschaftlichen Fähigkeiten. Der Verwaltungsrat selber wird durch den Stadtrat bestimmt, welcher dafür besorgt ist, dass in diesem Gremium unterschiedliche Kompetenzen und Fähigkeiten vorhanden sind. Gerade an der letzten GV hat der Stadtrat neben den beiden von der

Firma vorgeschlagenen Verwaltungsräten eine weitere, vom Stadtrat empfohlene Person, in den Verwaltungsrat gewählt.

Das Überleben der Energie Uster im Markt wird nicht mittels politischer Faktoren und Kriterien erfolgen. Der Kunde entscheidet künftig frei, ob er bei der Energie Uster seine Energie und andere Leistungen beziehen will. Dazu benötigt es die Führung der Firma (EnU) mit betriebswirtschaftlichen Grundsätzen und mit unternehmerischer Erfahrung. Die Herausforderungen des Marktes sind enorm und können mit der heutigen Rechtsform gut gemeistert werden. Die Komplexität des Energiegeschäftes wird leider häufig falsch eingeschätzt. So kann beispielsweise die Beschaffung von Strom und Gas nur in Zeitfenstern von Stunden eingekauft werden. Dies wäre in einer anderen Rechtsform nicht oder nur mit einer deutlichen Verlangsamung der Abläufe und mit viel Mehraufwand möglich.

Die Einflussmöglichkeiten der Politik gegenüber der Energie Uster AG sind grösser als man in der Initiative vorgibt. Zwischen dem Verwaltungsrat und dem Stadtrat – aber auch mit den Gemeinderäten besteht ein gutes und konstruktives Einvernehmen. Der VR nimmt immer wieder Rücksprache mit dem Stadtrat, wenn wichtige oder wegweisende Entscheide anstehen. Der Verwaltungsrat ist sich zudem bewusst, dass die Stadt Uster über 100% des Aktienkapitals verfügt und damit über die Unternehmung bestimmen kann.

Die Energie Uster AG ist heute auf die weiteren Marktöffnungsschritte im Strom- und Gasmarkt gut vorbereitet. Die Versorgungsqualität in Uster ist hervorragend und die Tarife gehören zu den günstigsten in der ganzen Schweiz. Die Kunden sind zufrieden und loyal. Es gab bis heute kaum Kundenverluste bei Grosskunden von Strom und Gas. Es ist der Energie Uster AG gelungen, einen gesunden und konstruktiven Dialog mit Stadtrat und Parlament aufzubauen und zu festigen und besonders nahe bei den Kunden zu stehen. So kann auch in Zukunft der notwendige Ausgleich zwischen politischen Anliegen und den betriebswirtschaftlichen Anforderungen des Marktes gefunden werden.

Der Stadtrat sieht zum heutigen Zeitpunkt keinen Grund, die EnU in eine öffentlich rechtliche Anstalt oder in ein Stadtwerk umzuwandeln. Die EnU ist eine Erfolgsgeschichte, die sich bis heute gut – bzw. sehr gut bewährt hat.

Stadtrat Uster / Werner Egli / 11.11.2013

Thomas Wüthrich

*Sehr geehrte Frau Präsidentin
Geschätzte Anwesende*

„Die SWU erhalten [...] die notwendige kommerzielle und organisatorische Flexibilität, um im Wettbewerb auf den Energiemärkten bestehen zu können. [...] Es gilt, den SWU den notwendigen Handlungsspielraum zu verschaffen ...“ Darum sollten die unselbständigen SWU in eine selbständige AG überführt werden, wurde den Stimmberechtigten in der Abstimmungsweisung zur Abstimmung vom 13. Juni 1999 dargelegt.

In der Rückschau zeigt sich, dass die Umwandlung der Stadtwerke in eine AG voreilig und unnötig war. Denn kurze Zeit später wurde die Gesetzgebung so geändert, dass Energieversorger der öffentlichen Hand in selbständige öffentlich-rechtliche Anstalten umgewandelt werden konnten. Und der Hauptgrund für eine Privatisierung der Stadtwerke, die vollständige Liberalisierung des Strommarktes, lässt noch immer auf sich warten.

Wie aus der Antwort des Stadtrates auf meine Anfrage 577 hervorgeht, wehrt sich er sich mit Händen und Füssen gegen eine Umwandlung der Energie Uster AG in eine öffentlich-rechtliche Anstalt.

Dies offenbar in Unkenntnis dessen, dass der neuntgrößte Energieversorger der Schweiz, die EKZ, genau in dieser Rechtsform operieren. Und im Zusammenhang mit den EKZ – notabene ein wichtiger Partner aber auch Konkurrent der Energie Uster – wurde noch nie moniert, dass das

Unternehmen aufgrund seiner Organisationsform im Energiemarkt einen schweren Stand habe. Im Gegenteil, das Unternehmen ist sehr erfolgreich.

Bezugnehmend auf seine Antwort in der erwähnten Anfrage sei darum dem Stadtrat gesagt:

Es stimmt nicht, dass eine öffentlich-rechtliche Anstalt am Energiemarkt nicht rasch handeln kann.

Es stimmt nicht, dass energiemarktwirtschaftliche Entscheidungen in einer öffentlich-rechtlichen Anstalt „verpolitisiert“ werden

Und es stimmt schon gar nicht, dass eine öffentlich-rechtlich organisierte Energieversorgung fatale Folgen in Bezug auf die Versorgungssicherheit hat, wie dies der Stadtrat suggeriert.

Da bekommt man als Gemeinderat schon das Gefühl für dumm verkauft zu werden. Genau mit solchen unüberlegten Äusserungen nährt der Stadtrat den Eindruck, dass er in Sachen Energie Uster weder an Transparenz noch an Mitbestimmung interessiert ist.

Oder hat er öffentlich gemacht, wie hoch die Generalversammlung der Energie Uster AG die Entschädigungen für die VR-Mitglieder festsetzte – nach der Annahme der Abzocker-Initiative eigentlich eine Selbstverständlichkeit.

In der Eigentümerstrategie vom 3. November 2009 hält der Stadtrat fest: „Geeignete neue Verwaltungsratsmitglieder will der Stadtrat selber suchen.“ An der letzten GV wurden zwei von der Energie Uster vorgeschlagene Personen in den Verwaltungsrat gewählt, nur eine neu gewählte Person wurde vom Stadtrat vorgeschlagen.

Der Kantonsrat seinerseits bestimmt 13 der 15 Verwaltungsrats-Mitglieder der EKZ.

Oder ist es wirklich Vertrauen erweckend wenn der Stadtrat in seiner Eigentümerstrategie schreibt, dass eine Veräusserung der Aktien der EnU durch die Stadt Uster „aktuell nicht angedacht“ sei. Müssen wir unter anderen Umständen trotz demokratischer Hürden nicht befürchten, dass grössere Aktienpakete verkauft werden, um beispielsweise dringend notwendige Grossprojekte zu finanzieren? Eine öffentlich-rechtliche Anstalt kann nicht veräussert werden.

Ein Vergleich der Geschäftsberichte der EKZ und der EnU zeigt, dass in jenem der EKZ bedeutend mehr Zahlen und Fakten publiziert werden. Es werden moderne Rechnungslegungs-Standards angewandt. Sie informieren über das Unternehmen in allen Facetten. Ob dies wohl damit zu tun hat, dass der Kantonsrat das Aufsichtsorgan der EKZ ist und sowohl Rechnung wie auch Geschäftsbericht genehmigen muss?

Warum verlangt der Stadtrat als Vertreter der Eigentümer, als Vertreter von uns allen, von der Energie Uster nicht auch einen umfassenderen Bericht, der öffentlich zugänglich ist?

Demokratisch wirklich schwierig wird es insbesondere dann, wenn der vom Volk gewählte, in den Verwaltungsrat delegierte Stadtrat aufgrund rechtlicher Vorgaben in erster Linie das Wohl der Energie Uster AG und nicht das Gemeinwohl der Stadt Uster im Auge haben und dementsprechend zu Gunsten der Unternehmung entscheiden muss.

Diese Beispiele zeigen, da steht Einiges schief in der demokratischen Landschaft. Demokratische Mitsprache und Kontrolle bei Themen wie Wasser und Energie tut Not.

Die Einzelinitiative verlangt mehr Transparenz und Mitsprache der Öffentlichkeit in einem für die Grundversorgung der Bevölkerung so zentralen Bereich. Wir Grüne sehen das auch so! Deshalb unterstützen wir die Einzelinitiative.

*Thomas Wüthrich
Gemeinderat Grüne*

Marius Weder

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Anwesende

Die vorliegende Einzelinitiative von Thomas Eschler wirkt aus unserer Sicht auf den ersten Blick betrachtet sehr sinnvoll und logisch: Als die Ustermer Energieversorgung vor 13 Jahren aus der städtischen Verwaltung ausgelagert und in einer AG verselbständigt wurde, geschah dies gegen den Widerstand der SP-Fraktion. Allerdings handelt es sich bei der Energie Uster AG in ihrer gegenwärtigen Form nur vom Rechtskleid her um einen Privatbetrieb, während sie in wirtschaftlicher Betrachtungsweise nach wie vor ein hundertprozentiger Staatsbetrieb ist, der zudem gemäss Statuten ausdrücklich nicht gewinnstrebend ist.

Doch auch die vorliegende Form präsentiert sich nicht unproblematisch: Zwar vermag die Energie Uster AG als juristische Person in einem zunehmend dynamischer werdenden Strommarkt zweifellos schneller zu handeln, als dies als Werk innerhalb der städtischen Verwaltung der Fall wäre. Kehrseite dieser Medaille ist jedoch, dass die Möglichkeit der demokratischen Mitsprache und Einflussnahme des Parlaments seither massiv eingeschränkt ist und nur noch mittels Ausübung politischen Drucks auf die Exekutive zwecks Verfolgung einer optimierten Eigentümerstrategie erfolgen kann. So mussten wir uns hier im Gemeinderat bekanntlich während vieler Jahre sinngemäss anhören, wir hätten eigentlich im Endeffekt gar nichts zu sagen bzw. unsere Voten zur Entwicklung der Energie Uster AG, seien für deren VR und Geschäftsleitung in keiner Weise bindend. Rückblickend betrachtet wäre die Auslagerung der Ustermer Energiewerke vor 13 Jahren wohl besser statt in eine privatrechtliche AG in eine öffentlich-rechtliche Anstalt erfolgt. Diese hätte die Vorteile einer möglichen hochdynamischen Geschäftsführung einerseits und eine bessere demokratische Mitwirkung des Parlaments andererseits in sich vereinigt.

Wir haben uns in der SP-Fraktion vor diesem Hintergrund in den letzten Jahren selbst wiederholt mit der Frage eines möglichen Vorstosses auf Umwandlung der Energie Uster AG in eine öffentlich-rechtliche Anstalt befasst, davon aus folgend darzulegenden Gründen jedoch jeweils einstweilen abgesehen:

Zunächst liegt es auf der Hand, dass eine erneute Umwandlung der Ustermer Energieversorgung im heutigen Zeitpunkt einen sehr grossen administrativ-organisatorischen Aufwand und auch entsprechende Kosten zur Folge hätte. So sollten die verantwortlichen Personen nicht ohne Not bei der Umsetzung der Energiewende auf kommunaler Ebene behindert und stattdessen mit Arbeiten des organisatorischen Umbaus des eigenen Betriebs belastet werden. Es ist nun mal etwas Anderes, ob man rückblickend sagt, was ursprünglich vor 13 Jahren hätte gemacht werden sollen, oder ob man diesen organisatorischen Aufwand neu angehen will.

Sodann ist in den letzten zwei bis drei Jahren ein positiver Trend bei der Energie Uster AG und bei der Eigentümerstrategie des Stadtrats unübersehbar, indem vermehrt Massnahmen bezüglich

Umsetzung der Energiewende getroffen und kommuniziert worden sind, entsprechend hochkompetente Personen neu in den Verwaltungsrat gewählt wurden, und generell deutlich vermehrt auf die Forderungen und Signale aus dem Parlament eingegangen wurde. In dieser Hinsicht befindet sich die Ustermer Energiepolitik auf einem doch deutlich positiveren Weg als noch vor wenigen Jahren.

Unter diesen Umständen sind die Meinungen in unserer Fraktion geteilt, ob diese Initiative zu unterstützen ist oder nicht; je nachdem, auf welche Punkte man mehr Gewicht legt.

Wir sind uns aber völlig einig,⁵⁶ dass auch inskünftig eine wirtschaftliche Privatisierung der Energie Uster AG zu unterbleiben hat und diese öffentliche Aufgabe weiterhin vollumfänglich durch die Stadt wahrgenommen werden muss. Die Ustermer Energieversorgung ist keine stille Reserve der Stadt und kein Tafelsilber, das notfalls verscherbelt werden kann. Die Aktien der Energie Uster AG haben zu 100% im Eigentum der Stadt zu bleiben. Die Veräusserung auch nur einer einzigen Aktie durch den Stadtrat an Private würde unsererseits jedenfalls in keiner Weise geduldet, und wir behalten uns entsprechende politische Vorstösse für diesen Fall selbstverständlich weiterhin ausdrücklich vor.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit

11. November 2013

Marius Weder

Claudia Bekier

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

geschätzte Anwesende

*Die SVP/EDU-Fraktion hat von der eingereichten Einzelinitiative mit dem Wortlaut:
" Die Stadt Uster liquidiert die im städtischen Alleineigentum stehende Energie Uster AG und überführt diese, gemäss den Bestimmungen des Obligationenrechts bisher eigenständige Aktiengesellschaft in eine öffentlich-rechtliche Geschäftsform bzw. in ein Gemeinde- oder Stadtwerk." Kenntnis genommen.*

Aus unserer Sicht nimmt die Energie Uster AG ihre energiepolitische Verantwortung wahr und erfüllt den politischen Auftrag, die Stadt Uster mit Gas, Strom und Wasser zu versorgen und den Betrieb und Unterhalt der notwendigen Anlagen sicher zu stellen, hervorragend.

Die Energie Uster AG informiert zudem transparent über ihre Geschäftstätigkeit. Sowohl der Stadtrat als auch der Gemeinderat werden periodisch über die strategische Ausrichtung der Unternehmung ins Bild gesetzt. Letztmals so hier in diesem Rat am 16. September 2013 geschehen.

Die Stadt wird jeweils an der Generalversammlung der Energie Uster AG im Detail über die Geschäftstätigkeit bzw. die bevorstehenden Herausforderungen orientiert. Hier nimmt die Stadt, vertreten durch den Stadtrat, auch direkt Einfluss auf die Energie Uster AG.

Die Gestaltungs- und Einflussmöglichkeiten der politischen Gremien sind daher sehr wohl gegeben. Eine Änderung der Rechtsform würde daran nichts ändern oder verbessern. Im Gegenteil, es würde die Energie Uster AG – welche sich optimal auf die bevorstehende Marktöffnung positioniert hat – eher in der Erfüllung des öffentlich-rechtlichen Auftrages behindern.

Die SVP/EDU-Fraktion ist der Meinung, dass an der heutigen Organisationsform der gut positionierten Energie Uster AG nichts geändert werden soll und lehnt diese Einzelinitiative daher ab.

*Für die SVP/EDU Fraktion
Claudia Bekier*

11.11.2013/bek

Wolfgang Harder ergreift das Wort. Er schätzt die interessante Diskussion mit der Delegation der Energie Uster AG anlässlich der Sachkommissionssitzung und dankt den Verantwortlichen dafür. Trotzdem: die Mitsprache der Bevölkerung fehlt schon etwas. Die Energie Uster AG arbeitet aber auch nicht so schlecht, dass man sie in ein anderes Rechtskleid packen müsste. Seine Fraktion ist deshalb der Ansicht, dass eine Umwandlung momentan nicht zwingend ist. Vor allem, weil die Kommunikation merklich besser geworden ist. Viel Transparenz ist notwendig, um Vertrauen zu schaffen. Wenn die Mitsprache des Gemeinderates bezüglich der strategischen Ausrichtung noch mehr gestärkt würde, mittels konsultativen Gesprächen usw. wäre das begrüssenswert.

Matthias Bickel

Sehr geehrte Frau Gemeinderatspräsidentin

Geschätzte Anwesende

Die FDP/JFU-Fraktion ist erstaunt, dass kurz nach dem Stadtrat nun auch der Gemeinderat zum gleichen Thema Stellung nehmen muss – diesmal zu einer Einzelinitiative... Das wird uns jedoch nicht umstimmen: Wir werden die Einzelinitiative nicht unterstützen. Denn:

- Der Souverän hat vor 13 Jahren die Verselbständigung der damaligen städtischen Energiewerke an der Urne beschlossen – auch aus jenen Gründen, welche die Einzelinitiative hier anspricht und damit nun wieder zurück in die Vergangenheit marschieren will.*
- Oberstes Ziel der Energie Uster ist die Gewährleistung der Versorgungssicherheit von Elektrizität, Gas und Trinkwasser – und dies macht die Energie Uster ausgezeichnet. Losgelöst von irgendwelchen politischen Ideologien bewährt sie sich draussen in der Realität des Marktes. Sie erfüllt also ihren politischen Auftrag. Und wirft dabei auch Gewinn ab, welcher der Stadt Uster als Eigentümerin – und somit der Bevölkerung von Uster – wieder zufließt. Versorgungssicherheit ist direkt gekoppelt mit wirtschaftlicher Attraktivität und letztlich mit Lebensqualität hier in Uster. Und dies wollen wir nicht mit irgendwelchen neuen Strukturen aus der Vergangenheit aufs Spiel setzen!*
- Es kann und darf also nicht sein, dass die Politik ins Tagesgeschäft reinfunkt: Erstens, weil dazu meist die nötige Sachkenntnis fehlt: Im heutigen Energiemarkt braucht es profunde Sachkenntnis, um in diesem Umfeld erfolgreich bestehen zu können. Zweitens, weil die Politik mit den nötigen Entscheidungen immer zu spät kommen würde: Im politischen System drehen die Mühlen bekanntlich etwas langsamer, was dort gut, für die Energie Uster aber untauglich ist. Also: Die Politik setzt die Leitplanken – fahren muss die Energie Uster aber selber dürfen. (Und wenn ich mir*

das Hin und Her im Gemeinderat der letzten Jahre anschau, fehlt die Kompromissbereitschaft sowieso, welche für rasche Entscheidungen nötig wäre!) Dass die Energie Uster zudem auf die Bedürfnisse der Kunden eingehen kann, hat sie mit ihrem kürzlich veröffentlichten Strategiebericht bewiesen.

Die Energie Uster ist seit 13 Jahren eine Aktiengesellschaft im Besitz der Stadt Uster, kennt sich mit den Marktverhältnissen aus, kann rasch handeln und ist erfolgreich dabei. Der Entscheid vor 13 Jahren hat sich bis heute als richtig erwiesen.

Für die FDP/JFU-Fraktion:

Matthias Bickel, Gemeinderat.

Uster, 11. November 2013.

Lucia Thaler

*Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
Geschätzte Anwesende,*

Nachdem Marius dargelegt hat, welche kritischen Punkte wir in der SP-Fraktion bei der vorliegenden Einzelinitiative diskutiert haben, werde ich aus einem etwas überkommunalen Blickwinkel vertiefter ausführen, aus welchen Überlegungen ein Teil der SP-Fraktion entschieden für die Umwandlung der Energie Uster AG in eine öffentlich-rechtliche Anstalt einsteht.

In den letzten 13 Jahren seit der Privatisierung der damaligen Städtischen Werke, die die SP Uster abgelehnt hat, hat sich viel verändert. Auf nationaler Ebene wurde die Strommarktliberalisierung beschlossen. Auf internationaler Ebene hat 2007 die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise jäh bewiesen, dass der dauernd beschworene Markt nicht mal in seinem Kerngebiet, dem Finanzwesen, funktioniert. Und 2011 hat die Katastrophe von Fukushima endgültig gezeigt, dass Atomenergie nicht zukunftsfähig ist.

Eines aber ist während dieser Zeit gleich geblieben: Der Stromverbrauch steigt weiterhin kontinuierlich an und davon ist kein Ende in Sicht, wenn wir nicht endlich politisch die Weichen in eine andere Richtung stellen. Sogar Bundesrätin Leuthard – bisher nicht gerade als besonders progressiv oder ökologisch bekannt – hat das begriffen und mit dem erklärten Ziel der Energiewende deutlich gemacht, dass wir eine so wichtige öffentliche Aufgabe wie die Energieversorgung nicht länger privaten Stromkonzernen und dem ominösen «Markt» überlassen können, sondern dass die Politik hier im Interesse der Gesellschaft die Zügel in die Hand nehmen muss. Es ist an der Zeit, dass die Politik wieder das Sagen hat über Bereiche von öffentlichem Interesse, und diese nicht länger privaten Konzernen mit ihrem Fokus auf die Betriebsfinanzen überlassen werden.

Bei der heutigen Form der Energie Uster als Aktiengesellschaft hat sich herausgestellt, dass die Politik die Strategie kaum bestimmen kann und daher dringend eine Demokratisierung notwendig ist, um die zukünftige Energiepolitik auch auf kommunaler Ebene im Interesse der Gesellschaft zu gestalten. Der Umweg über die Aktionärs- statt Volksdemokratie dient einzig den Machtinteressen des Verwaltungsrats. Zum Beispiel stellt sich der Verwaltungsrat der AG bis heute dem Willen des Parlaments entgegen, den «Green Default» einzuführen, obwohl andere Zürcher Gemeinden diesen Schritt längst erfolgreich gemacht haben. Heutzutage beschränkt sich der Einfluss des Stadtrats als Aktionär grösstenteils auf das Abnicken von Beschlüssen, was auch an der Überforderung oder dem Desinteresse des Stadtrates liegt. Von der seit Kurzem plötzlichen Gesprächsbereitschaft der Energie Uster AG sollten wir uns nicht blenden lassen; diese ist auf politischen Druck zustande gekommen und würde nach Nicht-Überweisung der Einzelinitiative bald wieder verschwinden und die Energie Uster AG bei ihrer alten Haltung bleiben, dass sie sich vom Parlament nicht ins Geschäft dreinreden lassen wolle.

Auch die ständig drohende Gefahr, dass der Stadtrat Aktien verscherbelt, wenn er aufgrund seiner ruinösen Steuerpolitik dringend Geld beschaffen muss, kann nur mit der Umwandlung der Energie Uster AG in eine öffentlich-rechtliche Anstalt wirklich gebannt werden.

Mit der Unterstützung der vorliegenden Einzelinitiative haben wir es in der Hand, unsere Verantwortung als PolitikerInnen und Politiker wahrzunehmen und für eine ökologische und demokratische Energiepolitik einzustehen.

Die Diskussion über die Einzelinitiative ist nicht nur für die Ustermer Energiepolitik von grosser Bedeutung, sondern wirft generell die Frage auf, wie öffentliche Anbieter organisiert und gesteuert werden sollen. Gerade mit der bevorstehenden Reorganisation des Spitals Uster stellen sich viele ähnliche Fragen. Wollen Sie etwa, dass in Zukunft über Ihrem Spitalbett statt eines Arztes ein Ökonom mit einer Kosten-Nutzen-Analyse über Ihre Gesundheit entscheidet? Öffentliche Dienstleistungen wie die Energieversorgung, das Gesundheitssystem und Schulen müssen demokratisch im Interesse der Gesellschaft geführt werden und dürfen nicht ihrem Schicksal auf dem Markt nach rein finanziellen Spielregeln überlassen werden.

Lucia Thaler

Stadtrat Thomas Kübler ergreift als VR-Präsident der Energie Uster AG das Wort. Über die Rechtsform kann man geteilter Meinung sein, es kommt schlussendlich aber auch bei einer öffentlich-rechtlichen Anstalt auf den Inhalt der Statuten an. Die Energie Uster AG ist ein regionales Werk mit einer lokalen Energiepolitik und die übergeordnete Gesetzgebung bestimmt, was zu tun ist. Jeder Bürger darf den Strom beziehen, woher er will, das wird auf nationaler Ebene bestimmt und die Energie Uster AG kann dazu nichts sagen. Auch beim Gasmarkt wird es diese Öffnung geben. Der Markt im Energiebezug wird also zunehmend freier und globaler. Die Energie Uster AG ist da ein kleiner Player in der Schweiz. Aber der VR der Energie Uster AG hat sein Sensorium geschärft bezüglich der Wünsche des Gemeinderates. Sie will ein gesunder Gewinn erwirtschaften. Dies ist ein Ziel, um u.a. in erneuerbare Energien zu investieren. Er ersucht den Gemeinderat, die Einzelinitiative nicht zu unterstützen und dem VR der Energie Uster AG das Vertrauen auszusprechen.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Für die vorläufige Unterstützung der Einzelinitiative ist die Zustimmung von 12 Mitgliedern des Gemeinderates erforderlich (Art. 11 Abs. 3 GO).

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 7 Stimmen

Die Einzelinitiative nicht zu unterstützen.

4 Motion 580 von Balthasar Thalmann und Jean-François Rossier betreffend «Verbindliches Gesamtkonzept Schiffflände-Seebadi»

Traktandum 4 und 5 wird aufgrund des engen Sachzusammenhanges gemeinsam behandelt aber separat abgestimmt.

Zuerst hat der Motionär Balthasar Thalmann das Wort, dann der Einzelinitiant Paul Stopper, dann der Stadtrat und der Rat.

Für die Motionäre referiert **Balthasar Thalmann**.

*Frau Präsidentin
Geschätzte Anwesende*

Seit 18 Jahren warten wir bereits auf ein neues Seerestaurant an der Schiffflände. Vor 18 Jahren wurde mit der neuen Greifensee-Schutzverordnung eigentlich den Grundstein dafür gelegt. Statt etwas zu realisieren und die Schiffflände attraktiver zu machen, wurden verschiedene juristische und politische Kampfzonen eröffnet.

Mit der neuen Greifensee-Schutzverordnung wollte man nicht nur Naturschutz betreiben. Man wollte auch allen, die um den Greifensee herum wohnen, also auch den Ustermerinnen und Ustermer ermöglichen, den Greifensee in Ihrer Freizeit zu erleben. D.h. dass man an einem schönen Sommertag baden kann, am Sonntag dem See entlang spazieren oder an einem nebligen Novembertag auf einer Joggingrunde die Ruhe geniessen kann. Man wollte aber nicht überall diesen Trubel, sondern an wenigen ausgewählten Orten rund um den Greifensee. Die Schiffflände hier in Uster ist einer dieser Orte.

Der Stadtrat ist nicht untätig geblieben. Er hat in den letzten Jahren Vorschläge ausgearbeitet, wie die Seebadi umgestaltet werden könnte, wie der Zugang zum See verbessert werden könnte, wie der Bootstrockenplatz gescheiter organisiert werden könnte oder wie mit der Verlegung der Buswendeschlaufe mehr Spielraum für ein Restaurant am heutigen Kioskstandort geschaffen werden könnte. Es blieb bei allem beim „Könnte“. Der Gemeinderat oder die Stimmbevölkerung hat zu allem Nein gesagt. So viele Interessen an der Schiffflände vorhanden sind, so viele Gründe hört man, weshalb bis heute noch keine Lösungen gefunden wurden.

Stillstand ist für uns aber nicht die Lösung. Wir müssen aber auch nicht meinen, man könne nun einfach wieder mit neuen Vorschlägen kommen und alles werde besser. Wir haben diese Motion eingereicht, weil wir der Meinung sind, dass wir zuerst eine Diskussion führen müssen, was wir mit dem Bereich Surferwiese-Schiffflände-Seebadi machen möchten. Mit „Wir“ meinen wir die verschiedenen organisierten Interessengruppen, Vertreterinnen und Vertreter aus der Bevölkerung und die politischen EntscheidungsträgerInnen.

Wenn wir wissen, was wir wollen, haben wir einen grossen Schritt erreicht. Dies soll Gesamtkonzept Schiffflände genannt werden. Gleichwohl ist klar, dass niemals jedes Interesse vollständig berücksichtigt werden kann. Es wird ein Geben und ein Nehmen sein. Dieses Geben und Nehmen soll dann aber auch langfristig gelten. Deshalb müssen wir das Gesamtkonzept Schiffflände in ein Papier umgiessen, worüber wir hier im Gemeinderat oder gar an der Urne abstimmen können. Vom Planungsinstrumentarium ist ein kommunaler Richtplan oder ein Gestaltungsplan denkbar. Ich denke aber, dass ein Richtplan das besser geeignete Instrument ist. Man kann damit diese Diskussion und die gewünschte Entwicklung besser dokumentierten als mit einem Gestaltungsplan, wo dann jeder Punkt und jedes Komma bereits unverrückbar gilt. Der Weg und das gemeinsame Bekenntnis zu dem, was wir für den Bereich Surferwiese-Schiffflände-Seebadi wollen, ist zumindest als nächster Schritt wichtiger als das Aushecken von neuen Paragraphen, worüber sich dann Anwälte streiten können.

Wie wir im Motionstext geschrieben haben, ist es unerlässlich, zu diesem gemeinsamen Bekenntnis, zu diesem verbindlichen Gesamtkonzept zu kommen, bevor neue Fakten geschaffen werden. Mit einem Ja zu dieser Motion wird der Stadtrat auf den Weg für dieses Gesamtkonzept Schiffflände und den dazu gehörenden Prozess geschickt. Das soll aber nicht bedeuten, dass parallel dazu

Überlegungen gemacht und Arbeiten an die Hand genommen werden, die insgesamt mehr Handlungsspielraum für gute Lösungen im Bereich Surferwiese-Schiffände-Seebadi schaffen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Jean-François Rossier und ich danken Ihnen, wenn Sie zu dieser Politik des Dialogs auch Ja sagen.

*Besten Dank.
Balthasar Thalmann*

Paul Stopper ergreift das Wort. Mit der eingereichten Einzelinitiative wollen sie drei Punkte erreichen. Die Aufstockung des Kioskgebäudes, dass die Bushaltestelle am Ort bleibt und zwar möglichst nahe an der Schiffände und die Freihaltung der Surferwiese. Die Surferwiese darf gemäss Verwaltungsgerichtsentscheid nicht bebaut werden, der Gewässerschutz verbietet dies. Die Beschwerdegegner, nämlich die Stadt Uster und der Regierungsrat des Kantons Zürich müssen Alternativen suchen. Mit der Einzelinitiative soll erreicht werden, dass vorwärts gemacht wird unten am See und Lösungen gefunden werden. Er bittet um die vorläufige Unterstützung der Einzelinitiative.

Stadtrat Thomas Kübler ergreift das Wort. Er führt aus, dass der Stadtrat bereit ist, die Motion entgegenzunehmen aber ersucht den Rat, die Einzelinitiative nicht vorläufig zu unterstützen. Die Motion beinhaltet die Prämisse nicht zu hemmen in der Entwicklung für eine Lösung betreffend Kiosk und Buswendeschlaufe. Die Einzelinitiative bezweckt zwar etwas ähnliches, aber die Motion ist tatkräftiger und schneller zu bearbeiten. Die Einzelinitiative hat den Hemmschuh, dass die Buswendeschlaufe am alten Ort bleiben soll, das schränkt unnötigerweise ein und ist kontraproduktiv. Weiter soll die Surferwiese frei bleiben, was auch kontraproduktiv ist.

Jürg Gösken

*Sehr geehrte Frau Präsidentin,
sehr geehrte Anwesende*

Ich nehme gleich zu beiden Traktanden, der Motion und der Einzelinitiative für ein Gesamtkonzept Schiffände Stellung. – Nicht nur weil sie inhaltlich zusammengehören.

Die zuerst eingereichte Einzelinitiative sehen wir als konstruktiven Beitrag von jener Seite, die gegen Pavillon Nouvel und Verlegung Buswendeschlaufe gekämpft hat. Wobei die Verlegung wohl weniger ein Problem gewesen wäre, wenn dadurch aus Sicht der Gegner nicht auch die sogenannte Rostlaube wahrscheinlicher geworden wäre.

Es braucht also etwas Neues am See, das das gemeinsame Ziel einer Aufwertung der Schiffände mit einem attraktiven gastronomischen Angebot endlich erreichbar macht und zugleich die unterschiedlichen sonstigen Stakeholder ins gleiche Boot holt. Kein leichtes Unterfangen, da in den letzten Jahren mehrere Vorlagen gescheitert sind, da diese offenbar nicht genügend auf Interessenausgleich und berechnete Sensibilitäten ausgerichtet waren.

Möglicherweise gibt die Einzelinitiative bereits zu viel vor, wenn man bedenkt, dass schon Umbauten und insbesondere Neu- oder Erweiterungsbauten direkt am See rechtlich heikel sein können und eventuell nur mittels Verbesserungen des Gewässer- und Grundwasserschutzes insgesamt erreichbar sind.

Demgegenüber gibt die Motion inhaltlich praktisch nichts vor und die Gefahr besteht, dass sich ohne Berücksichtigung der wichtigsten Anliegen aus der Einzelinitiative, die resultierende Vorlage zu den Gescheiterten hinzugesellen wird.

Unsere Fraktion empfiehlt deshalb, sowohl die Motion zu überweisen, als auch die vorläufige

Unterstützung der Einzelinitiative zu gewähren.

Der Auftrag an den Stadtrat lautet damit zu beiden Vorstössen ein Konzept in möglichst kompatibler Form zu erarbeiten und in guter Zusammenarbeit mit Parlament und Initianten auszugestalten.

Aus unserer Sicht gehören dazu unter anderem klare Bekenntnisse und Taten zum Schutz und Erhalt der Surferwiese, als auch eine Distanzierung vom Projekt Pavillon Nouvel, um nicht wieder Schiffbruch zu erleiden. Dazu erwarten wir auch, dass die Verkehrssituation insgesamt neu konzipiert werden muss, was neben einer Klärung der Parkplatzsituation und Regelung des Zubringerverkehrs, durchaus auch den Standort der Buswendeschleife nicht als sakrosankt betrachtet, wenn dadurch das Hauptziel einer aufgewerteten Schiffflände überhaupt ermöglicht werden kann.

Neben der Berücksichtigung der Interessengruppen und Gestaltungsvorschlägen, benötigt es möglicherweise vorgängig eine Machbarkeitsstudie, ob und unter welchen Voraussetzungen Umbauten von bestehenden Gebäuden zulässig sind. – Ich danke.

Für die glp-EVP-CVP-Fraktion

Jürg Gösken

Jean-François Rossier

Sehr geehrte Damen und Herren

Bereits vor einigen Jahren hat unsere Fraktion eine sogenannte Gesamtschau für den Bereich von der Surferwiese-Schiffflände-Seebadi gefordert.

Damals, als wir in diesem Rat über das Sandstrandprojekt in der Seebadi zu befinden hatten.

So haben wir seinerzeit unsere Befürchtung dahingehend geäußert, dass eine punktuelle Betrachtungsweise weitere vorhandene Problemzonen nicht zur Zufriedenheit aller zu lösen vermag

. Dass die Situation in genau diesem Bereich innert weniger Jahren derart verfahren sein könnte, das hätten wir uns in den kühnsten Träumen aber nicht vorstellen können.

Die Situation ist jetzt aber so wie sie ist; Viele Wünsche und Begehrlichkeiten sind nach wie vor vorhanden. Einen Schritt weiter sind wir aber nicht.

Die Projekte Seebadi, Bootstroeklegeenplatz, Seerestaurant und Buswendeschlaufe sind allesamt aufwendig in den Kommissionen und im Rat diskutiert worden. Allesamt sind diese Projekte entweder vom Rat selber oder vom Volk zurück aufs Feld eins gestellt worden.

Dass uns eine weitere punktuelle Vorgehensweise nicht weiterbringen kann, das liegt auf der Hand. Mit der vorliegenden Motion kann jetzt die Grundlage dafür geschaffen werden, dass wir endlich weiter kommen.

Das ist Grund genug, dass die SVP/EDU-Fraktion die vorliegende Motion unterstützt.

Werner Kessler ergreift das Wort. Er zeigt sich gesprächsbereit für neue Ideen. Ausserdem hat er vor kurzem den Landbesitzer Scherrer unten an der Schiffflände gesprochen und wäre bereit, 2000 m2 Land zur Verfügung zu stellen, damit die gesamte Buswendeschlaufe auf sein Land verlegt werden könnte. Der Stadtrat müsste nur kooperieren. Dann könnten die Ideen für Restaurant entworfen werden.

Marco Järmann

*Sehr geehrte Frau Präsidentin
Geschätzte Ratskolleginnen und Kollegen
Liebe Anwesende*

*Die FDP/JFU Fraktion wird diese Motion nicht unterstützen. Dies aus folgendem Hauptgrund:
Nach mehreren Anläufen, welche leider ins Leere liefen, ist es nun an der Zeit, dass es endlich
vorwärts geht. Mit der Überweisung dieser Motion könnte der Stadtrat nicht mehr parallel dazu
weiterarbeiten und wäre bis zur Erledigung der Motion blockiert, was die ganze Sache zusätzlich
verzögern würde.*

Marco Järmann

Gemeinderat FDP/JFU-Fraktion

Patricio Frei

*Sehr geehrte Frau Präsidentin
Liebe Kolleginnen und Kollegen
Geschätzte Anwesende*

*Im vergangenen Jahr habe ich einen Ruderkurs besucht. Ich schwärme heute noch von der Ruhe
auf dem See und dem Umgang unter den Ruderinnen und Rudern. Doch peinlich fand ich, mit
welchen Platzverhältnissen der Ruderclub zurechtkommen muss: Im ersten Stock eines schmalen
Gebäudes unter dem Dachfirst sind die Boote verstaut. Und das in unserer Wohnstadt am Wasser...*

*Die Situation des Ruderclubs ist Sinnbild für das Verhältnis Usters zu seinem Seeufer. Die Stadt
zeigt sich da nicht wirklich von der Schokoladenseite. So gibt es bloss einen profanen Kiosk statt
eines gediegenen Restaurants, das zum gemütlichen Verweilen einlädt.*

*Statt 70er Jahre Betonbau wünschen wir Grünen uns am See einen architektonischen Leuchtturm.
Der Stadtrat soll die Nutzung und Überbauung des Areals umsichtig und umweltverträglich planen.
Dazu soll er unbedingt sämtliche Nutzer frühzeitig miteinbeziehen: Ruderclub, Segelverein,
Taucherinnen, Fischer und weitere. Auch vor einem Neubau der Pumpstation darf er nicht
zurückschrecken.*

*Wichtig ist uns Grünen, dass dabei die Surferwiese frei bleibt und dem Landschaftsschutz Rechnung
getragen wird.*

*Deshalb unterstützen wir sowohl Motion als auch die Einzelinitiative – obschon uns bei letzterer
wichtige Komponenten fehlen und wir ein grosses Fragezeichen hinter die Formulierung stellen:
„Aufwertung des bestehenden Gebäudes“.*

*Patricio Frei
Fraktionspräsident Grüne*

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 30 : 3 Stimmen

Die Motion zu unterstützen.

**5 Einzelinitiative 178 von Hansruedi Pauli und Paul Stopper betreffend
«Erarbeitung eines Gesamtkonzeptes an der Schiffflände Niederuster»**

Das Traktandum 5 ist zusammen mit dem Traktandum 4, Motion 580 betreffend eines verbindlichen Gesamtkonzeptes Schiffflände-Seebadi, behandelt worden.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Für die vorläufige Unterstützung der Einzelinitiative ist die Zustimmung von 12 Mitgliedern des Gemeinderates erforderlich (Art. 11 Abs. 3 GO).

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 10 Stimmen

Die Einzelinitiative nicht zu unterstützen.

**6 Antrag des Stadtrates betreffend Baukredit Sanierung und Erweiterung Hallenbad Buchholz
(Antrag Nr. 184/2013)**

Für die Kommission Bildung und Kultur referiert **Claudia Wyssen**.

KBK-Referat zu Antrag 184, Antrag des Stadtrates betreffend Baukredit Sanierung und Erweiterung Hallenbad Buchholz

Nach 25 Jahren muss das Hallenbad Buchholz Uster renoviert und saniert werden. Zusätzlich soll für die einzelnen Benutzergruppen mehr Wasserflächen geschaffen werden. Bund und Kanton sind grundsätzlich bereit, sich mit 7 Mio. am Umbau und der Erweiterung zu beteiligen, wobei dies an gewisse Bedingungen geknüpft ist.

Am 24. September 2012 bewilligte der Gemeinderat den Projektierungskredit im Betrag von 2'400'000 Mio Franken, nachdem er den stadträtlichen Antrag um einige energietechnische Grundsätze und eine Forderung nach einer Verbesserung des Spielbereiches für Kinder ergänzt hatte.

Da sie den Antrag alle vor sich haben, werde ich mich in meinem Referat auf die wichtigsten Punkte beschränken.

Aus dem Generalplanerwettbewerb ging das Projekt „KERN_FUSION“ der K&L Architekten AG aus St. Gallen hervor.

Der Bevölkerung, den Schulen und auch dem Schwimmclub Uster Wallisellen soll ein grösseres und attraktiveres Hallenbad angeboten werden können. Die Neuerungen bestehen primär aus einem 50m-Becken, erweiterten Garderoben und Sportlerinfrastruktur sowie einem Wellnessbereich.

Ein wichtiger Punkt ist, dass die bestehende Tragstruktur des jetzigen Hallenbades zum Teil noch aus dem Erstellungsjahr 1972 stammt und schadhafte Stellen aufweist. Dies führt dazu, dass zumindest das Dach so oder so saniert werden müsste, was sehr teuer wäre und ebenso eine Schliessung des Badebetriebes zur Folge hätte.

Das Siegerprojekt besticht durch seine optische Einheit. Die jetzige Deckenkonstruktion soll abgerissen werden und die neue Schwimmhalle wird mit Holzträgern überspannt. Damit kann ein kompaktes, einheitliches Volumen erreicht werden.

Neu soll die Technik grösstenteils im Obergeschoss untergebracht werden, da der Grundwasserspiegel in diesem Gebiet sehr hoch ist und eine Unterbringung im Untergeschoss nicht bewilligungsfähig ist.

Wichtig für die Bevölkerung ist sicher, dass durch die Erweiterung, selbst bei Schwimmsportanlässen, das Hallenbad für die Öffentlichkeit geöffnet bleiben kann und ihr mehr Wasserfläche zur Verfügung steht. Dies kann mit dem vorliegenden Projekt erreicht werden.

Es wird eine hohe ökologische Nachhaltigkeit angestrebt. Der Stadtrat plant das Hallenbad als MINERGIE-Gebäude. Dies bedingt, dass mehr als ein Drittel der Wärme alternativ erzeugt wird. Das Dach soll mit einer Photovoltaikanlage bedeckt werden.

Der Stadtrat zeigt in seinem Antrag weiter die Varianten MINERGIE „Plus“ mit Zusatzkosten von CHF 315'000.- und MINERGIE ECO mit Zusatzkosten von CHF 373'000.- auf.

Die Basisvariante des Hallenbades generiert Kosten von CHF 37'535'000.-. Hinzu kommen die Kosten für das gewünschte Kinderplanschbecken von CHF 631'000.-, was zu einem Bruttobetrag von CHF 38'166'000, Kostengenauigkeit +/- 10%, führt.

Sollten die Beiträge des BASPO, des Kantons Zürich und des AWELs sowie des Ökofonds der Energie Uster AG fliessen, ist mit Nettoinvestitionskosten von CHF 30'466'000.- zu rechnen.

Der Antrag des Stadtrates betreffend Baukredit Sanierung und Erweiterung Hallenbad Buchholz wurde in zwei Sitzungen beraten.

Thematisiert wurde das Grosssponsoring zur Namensgebung des Hallenbades. Hierzu ist jedoch schwierig abzuschätzen, wie viel Geld dadurch generiert werden kann.

Für die Erweiterung des Hallenbades sind zusätzliche 32 Parkfelder geplant. Diese sind jedoch nicht ausgelegt für Spitzenzeiten, sodass in solchen auch weiterhin mit Parkplatzproblemen zu rechnen ist. Die 32 Parkplätze wurden durch Umweltverträglichkeitsstudien nachgewiesen und sind das gesetzliche Minimum.

Der Wellnessbereich ist aufgrund seiner Grösse für die Realisierung und den Betrieb durch Dritte kaum interessant. Zudem sollen durch die Einnahmen aus dem Wellnessbereich die Betriebskosten tiefer gehalten werden können.

Eine einfache Dachsanierung des jetzigen Hallenbades als Alternative zum vorliegenden Antrag ist kaum möglich, da die Lebensdauer des jetzigen Daches langsam abläuft. Hier kann nicht länger zugewartet werden. Dazu kommt, dass die Kosten hierfür sehr hoch wären.

Es ist vorgesehen, dass mindestens 50% der neuen gesamten Wasserfläche ständig der Bevölkerung zur Verfügung stehen. Der Schwimmclub wird auch das 50m-Becken kaum vollständig zur Verfügung haben, denn auch dieses soll von der Bevölkerung rege genutzt werden können.

Die Regenwassernutzung ist hauptsächlich für den Aussenbereich vorgesehen. Das abgebadete Badewasser wird so gefiltert, dass es im Kreislauf bleibt und wieder als Badewasser benutzt werden kann. Dadurch wird weniger Frischwasser benötigt.

Es wurde der Antrag gestellt, dass das Projekt im MINERGIE „Plus“-Standard realisiert wird, was zusätzliche Kosten von CHF 315'000.- generiert.

Dieser Antrag wurde mit 4:4 - Stichentscheid Präsidium angenommen.

Dies führt zu einem geänderten Dispositiv 1, welches die KBK beantragt. Es lautet:

Zur Sanierung und Erweiterung des Hallenbades Buchholz wird ein Investitionskredit von neu 38'481'000 Franken inkl. Mehrwertsteuer (Kostenvoranschlag +/- 10%) bewilligt. („Basisvariante“ inkl. Realisierung im Minergie Plus Standard und der Option „Kinderplanschbecken“)

Die KBK stimmte dem geänderten Antrag 184 des Stadtrates mit 4:4 ebenfalls mit Stichentscheid des Präsidiums zu und empfiehlt dem Gemeinderat die Vorlage zur Annahme.

Für die KBK: Claudia Wyssen

Für die Rechnungsprüfungskommission referiert **Gusti Hofmann**.

*Frau Präsidentin
Geschätzte Anwesende*

Die RPK hat den Antrag am 4. November behandelt und es wurde uns nochmals versichert, dass die zugesagten Subventionen auch kommen werden. So dass von den Baukosten von Fr. 38.166 Mio. noch Nettoinvestitionen von Fr. 30.466 Mio zu tätigen sind.

Die Frage, was nur eine Sanierung des Hallenbades kosten würde, wurde gesagt, dass sei nicht der Auftrag gewesen und es wurde dementsprechend auch nicht gerechnet. Eine Zahl zu nennen sei in

diesem Stadium unseriös, aber man hat geschaut, wieviel haben ähnliche Hallenbad-Sanierungen gekostet in letzter Zeit. Das bewegt sich in einer Bandbreite zwischen 18 Mio. bis 23 Mio. Ein Rückbau des Hallenbades sei nie zur Diskussion gestanden.

Das Interesse von grösseren Firmen für den geplanten Wellnessbereich ist nicht vorhanden, weil der Bereich zu klein ist. Beim Wellnessbereich wird mit einem Ertrag von Fr. 400'000.-- gerechnet und das bei Betriebskosten von Fr. 100'000.--, d.h. es ergibt einen Ertragsüberschuss von Fr. 300'000.--.

Es ist noch ein Antrag aus der Kommission behandelt worden: "Das Projekt muss in Minergie "Plus" realisiert werden mit zusätzlichen Kosten von Fr. 315'000.—".

Die RPK lehnt den Kommissionsantrag mit 4 : 3 Stimmen ab.

Die Schlussabstimmung über den unveränderten Antrag wird mit 5 : 2 Stimmen angenommen.

Stadträtin Esther Rickenbacher ergreift das Wort. Sie bekräftigt nochmals die Notwendigkeit einer Sanierung und Erweiterung des Hallenbades und dass die Beitragsgelder seitens Kanton und Bund zugesichert werden.

Claudia Wyssen

Die SP-Fraktion begrüsst das Fortschreiten der Sanierung und der Erweiterung des Hallenbades Buchholz.

Das bestehende Hallenbad ist mit seinen Kapazitäten seit längerem an Grenzen gestossen und konnte nicht mehr allen Benutzergruppen gerecht werden. So kann es von der Bevölkerung seit einiger Zeit morgens nicht mehr durchgehend benutzt werden, da wir sonst nicht genügend Platz für das Schulschwimmen hätten. Eine Erweiterung scheint deshalb die logische Konsequenz und entspricht auch einem grossen Bedürfnis der Öffentlichkeit.

Das nun vorliegende Projekt besticht durch seine einheitliche Erscheinung, seine Nachhaltigkeit und die sehr guten Lösungen für gebotene Probleme. Ein Projekt für die Zukunft.

Wir begrüssen, dass der Stadtrat das neue Hallenbad Buchholz im Minergie Standard bauen will, sind aber der Ansicht, dass Minergie Plus mit Mehrkosten von 315'000 zu rechtfertigen und sinnvoll sind. Trotzdem möchten wir diesbezüglich das Volk entscheiden lassen und beantragen deshalb folgendes:

- 1. Zur Sanierung und Erweiterung des Hallenbades Buchholz wird ein Investitionskredit von 38'166'000 Franken inkl. Mehrwertsteuer (Kostenvoranschlag + 7-10%) bewilligt („Basisvariante“ mit Option „Kinderplanschbecken“).*
- 2. Zur Erreichung des Energiestandards „Minergie Plus“ wird ein zusätzlicher Kredit von 315'000 Franken (inkl. Mehrwertsteuer) bewilligt.*
- 3. Der Kredit zur Sanierung und Erweiterung des Hallenbades Buchholz über 38'166 Franken (inkl. Mehrwertsteuer) sowie der Kredit zur Erfüllung des Energiestandards „Minergie Plus“ über 315'000 Franken (inkl. Mehrwertsteuer) werden der Urnenabstimmung unterbreitet.*
- 4. Über den Kredit zur Erreichung des Energiestandards „Minergie Plus“ wird als zusätzliche Fragestellung im Sinne von Artikel 15 der Gemeindeordnung abgestimmt.*
- 5. Mitteilung an den Stadtrat zum Vollzug*

Jürg Gösken

*Sehr geehrte Frau Präsidentin,
sehr geehrte Anwesende*

Als erfreulich erachtet unsere Fraktion, dass für die beiden Änderungsanträge vom letzten Mal recht pragmatische Lösungen gefunden wurden.

Der eine hat es sogar direkt in den Antrag des Stadtrates geschafft: Mit der Option Kinderplanschbecken wird der eigentlichen Aufgabe eines städtischen Hallenbades Rechnung getragen, nämlich im Wesentlichen Familien- und Schulbad zu sein. Die veranschlagten Kosten von gut 600 Tausend Franken sind vertretbar, sowohl im Verhältnis der gesamten Bausumme, als auch im Vergleich dazu, was ein aus unserer Sicht zumindest vorläufig verzichtbarer Beckenteiler kosten soll.

Etwas weniger glücklich sind wir bezüglich ökologischen Fortschritten: Einerseits, weil hier mit gutem Willen mehr erreichbar gewesen wäre. So hatten meine Erkundungen ergeben, dass der Verein Minergie sehr interessiert gewesen wäre und immer noch ist, das Hallenbad-Projekt hinsichtlich Definition und erstmaliger Vergabe einer Minergie-P oder gar Minergie-P-Eco-Auszeichnung zu begleiten. Andererseits hat es das als Minergie „Plus“ bezeichnete Massnahmenpaket nur als nicht berücksichtigte Option in den stadträtlichen Antrag geschafft. – angeblich aus Kostengründen, der dafür veranschlagten 315 Tausend Franken. Die Einsparungen im Betrieb wurden jedoch unterschlagen, was ich deshalb hier kurz nachholen möchte:

Mit Minergie „Plus“ wird der U-Wert praktisch halbiert, das heisst, der Wärmeverlust über Dach und Fassade halbiert sich auch. Ich habe dies mit den Flächen von Dach und Fassade berechnen lassen, wonach eine Ersparnis von gut 30 Tausend Liter Heizöl pro Jahr resultiert.

Schon bei heutigen Heizölpreisen entspricht das auch gut 30 Tausend Franken Ersparnis pro Jahr. Die Mehrkosten wären also in zehn Jahren Betrieb spätestens wieder drin und bei weiteren zwanzig Betriebsjahren sparen wir damit heute mindestens eine halbe Million Franken bei den Gesamtkosten ein. Nicht nur aus ökologischen Gründen stimmt unsere Fraktion deshalb für den Minergie „Plus“ Antrag aus der KBK.

Die Kurzfristigkeit des SP-Antrags und der verweigerter Sitzungsunterbruch verhindert leider eine Klärung, was die darin geforderte Variantenabstimmung bringen soll und ob nach Geschäftsordnung Artikel 16 a, b, c oder d vorgegangen wird und wie. Als unnötig erachten wir eine separate Urnenabstimmung von einer Detailfrage an sich: Erstens stellt das Minergie-Plus-Paket keinen grundsätzlichen Punkt dar und zweitens bringt es wenigstens leichte Einsparungen.

Und Einsparungen hätte das Projekt ganz bitter nötig! Über die galoppierende Inflation in Uster kann ich mich nur wundern:

Im Dreibäderkonzept von 2009 waren fürs Hallenbad noch total 20 Millionen Franken vorgesehen, davon rund 12 Millionen von Uster zu tragen. 2011 bezifferte Stadtrat Egli im Tagi das Kostendach bei 25 Millionen. 2012 dann der Projektierungskredit mit der Bausumme von über 30 Millionen Franken. Und ich zitiere aus dem letztjährigen stadträtlichen Antrag:

„Es muss erklärtes Ziel sein, die Kosten für das Projekt schlussendlich bei 30.7 Millionen Franken zu halten [..]“

Inzwischen sind wir bei über 38 Millionen, wobei ich bei obiger Inflation die 10% Unsicherheitsmarge dazurechnen würde, also 42 Millionen mit Nettokosten für Uster von circa 35 Millionen Franken.

Die Kostenexplosion hat leider zu keinerlei Redimensionierungen geführt. Im Gegenteil: Wie bereits erwähnt sollen Beckenteiler installiert werden, damit das 50-Meter als weiteres 25-Meter Becken genutzt werden kann. – eine Luxus-Option. Aber zur Kosteneinhaltung wären drastischere Einsparungen nötig gewesen, welche auf die eigentliche städtische Aufgabe bei einem Hallenbad fokussieren: Reduktion auf Familien- und Schulbad und als regionale Besonderheit mit einfachem 50-Meter Sportbecken. Wellness-Bereich, Seminarräume, Kraftraum und drei separate Garderoben für jeden Bereich haben das Projekt untragbar überladen.

Die Fraktion hat dies unterschiedlich bewertet. Ich kann den Hauptantrag nur ablehnen und sehe

einen Neuanfang zwei Nummern kleiner für finanzierbar: Sanierung bestehendes Bad und eventuell optional oder etappiert ein 50-Meter Becken für Bevölkerung, für Kunst und Sport-Schule sowie für Schwimmclub Uster-Wallisellen. – Also Hallenbad ja, aber nicht um jeden Preis.

Schliesslich stehen unserer Stadt noch grosse weitere Investitionsbrocken bevor. Gleich später heute das dringend notwendige Schulhaus, wenn eines allein denn überhaupt ausreicht. – Ich danke.

Jürg Gösken

Jean-François Rossier

Sehr geehrte Damen und Herren

Was steht doch da für eine beträchtliche Investitionssumme im Raum:

Über 38 Mio. Franken.

Plus / Minus 10% versteht sich. Plus 10% bedeuten im vorliegenden Fall also 42 Mio. Franken.

Da stellt sich die Frage von selbst, ist diese Investition gerechtfertigt?

Und in was investieren wir?

Gemäss vorliegendem Antrag investieren wir, weil das aktuelle Hallenbad nach 25 Jahren nicht mehr den heutigen Bedürfnissen entspricht: es ist sanierungsbedürftig und den verschiedenen Nutzergruppen steht zuwenig Wasserfläche zur Verfügung.

Die SVP/EDU-Fraktion unterstützt diesen Antrag.

Wir unterstützen diesen Antrag, weil wir das Bedürfnis nach zusätzlicher Wasserfläche anerkennen. Und weil wir erkennen können, dass die Ustermerinnen und Ustermer zukünftig einen grösseren Nutzen vom Hallenbad haben werden: Die Wasserfläche wird verdoppelt und die Öffnungszeiten werden ausgedehnt. Das bedeutet, dass wir einerseits dem Faktor „steigenden Bevölkerung“ und andererseits einem breiten öffentlichen Bedürfnis Rechnung tragen.

Ebenfalls anerkennen wir die Bedürfnisse des Leistungssportes und sind überzeugt, dass mit der Realisierung von diesem Projekt sehr gute Rahmenbedingungen für den Spitzensport geschaffen werden können.

Unsere Fraktion nimmt jedoch kritisch zur Kenntnis, dass die im Antrag erwähnten Subventionsbeiträge noch nicht schriftlich zugesichert vorliegen.

Für uns stellen diese Subventionen einen wichtigen Kostenreduktionsfaktor dar.

Sollten nämlich diese Gelder nicht im gewünschten Umfang fliessen, so ist es fraglich, ob sich Uster ein solches Projekt überhaupt leisten kann und will.

Wir erwarten also, dass diese Subventionsgelder im Abstimmungskampf definitiv und schriftlich zugesichert werden können. Ansonsten sind wir sehr skeptisch, ob das Ustermer Stimmvolk dem Vorhaben seine Zustimmung geben wird.

In diesem Zusammenhang erwarten wir vom Stadtrat ebenfalls, dass er dieses Vorhaben aktiver an die Öffentlichkeit trägt. Davon auszugehen, dass der Abstimmungskampf schon gewonnen ist, ist falsch. Etwas mehr Propaganda in eigener Sache würde nicht schlecht anstehen.

Ebenso erwarten wir vom Stadtrat, dass er bei Investitionsvorhaben in dieser Grössenordnung, von sich aus eine gemeinderätliche Delegation in die Baukommission einlädt.

Cla Famos

Unsere Fraktion ist hin und hergerissen. Natürlich wollen wir alle ein gutes Hallenbad – aber die Mehrheit der Fraktion nicht zu diesem Preis. Und so widerspiegeln wir vielleicht auch das, was wir zurzeit aus der Bevölkerung an Feedback wahrnehmen:

Uster ist mit dem Buchholz, der Dorfbadi und der Seebadi eine Bäderstadt und versteht sich auch so – aber kann sich Uster wirklich eine Sanierung und Erweiterung des Hallenbads leisten, die mit grosser Wahrscheinlichkeit über 40 Millionen kosten wird?

Blicken wir zurück: 2011 hat das Parlament einen Wettbewerbskredit von CHF 350'000 bewilligt. Damals ging man von Bruttoinvestitionskosten von 29.7 Mio. aus. 2012 bewilligte der Gemeinderat einen Projektierungskredit von 2.4 Mio – was nur knapp unter der Grenze von 2.5 Mio. lag, bei der man vors Volk hätte gehen müssen. Man ging von Bruttoinvestitionskosten von 30.7 Mio aus. Bei einer Kostengenauigkeit von +/- 20% hätte das maximal 36.8 Mio. Franken ergeben.

Heute liegt nun ein Antrag über 38.166 Mio. vor. Das sind 24% über dem Wert von letztem Jahr und sogar 28% über dem von vor zwei Jahren! Die Vorgaben der Kostengenauigkeit nach den Standards des Bauprojektmanagements sind damit klar nicht erfüllt worden.

Geht man bei den vorliegenden 38.166 Mio. noch von einer Kostengenauigkeit von 10% aus, dann erscheint schon ein Bruttoinvestitionsbetrag von 42 Mio. Franken in Sichtweite – auch wenn man optimistisch bleibt und hofft, dass diesmal die Vorgaben des Bauprojektmanagements eingehalten würden. Das wäre dann wohl die grösste je von der Stadt Uster geplante Investition. Und man fragt sich schon: Muss das wirklich für ein Hallenbad sein? Denn Uster ist ja Bäderstadt, nicht nur Schwimmstadt – aber daneben auch Kulturstadt, Bildungsstadt, Gesundheitsstadt. Für alles wird es nicht reichen.

Wir haben nachgefragt, was denn eine reine Sanierung und Auffrischung kosten würde. Der Stadtrat gibt die Auskunft, das könne man heute gar nicht mehr sagen.

So eine Ausgangslage ist natürlich schwierig. Welcher Private würde so planen – d.h. einfach nur eine einmal gefasste Idee weiterverfolgen, ohne mögliche Alternativen abzuklären?

In den Unterlagen finden sich immerhin im Jahr 2011 noch interessante Angaben dazu. Dort steht im Antrag Nr. 73 (Wettbewerbskredit): Hallenbadsanierung: Instandstellung, bestehendes Hallenbad, Deckensanierung, Neugestaltung Eingangsbereich, Vergrösserung und Modernisierung Verpflegungszone: 5.2 Mio. Franken.

5.2 Mio Franken ist also das, was eine Sanierung und leichte Modernisierung ungefähr kosten würde. Anders gesagt: Die eigentliche Erweiterung (50m-Becken, Wellness und Seminar-/Presseräume) kostet weit mehr als 30 Mio. Franken! Oder ungefähr CHF 1'000 pro Einwohner, vom Neugeborenen bis zum 95-Jährigen, egal ob sie wirklich Steuern zahlen oder nicht. Umgelegt auf die steuerzahlende Bevölkerung ist es natürlich wesentlich mehr.

Die Vorlage, wie wir sie heute behandeln müssen, ist für Uster eine Riesenkiste. Und eine solche Erweiterung bringt nicht nur bei der Investition, sondern auch beim Unterhalt und bei kommenden Sanierungen bedeutend höhere Kosten. Wir sehen das jetzt schon: Es wird mehr Parkplätze brauchen, die Abteilung beantragt schon für 2014 1.5 Stellen mehr, etc.

Was ist zu tun? Wir sind uns – das sage ich offen – nicht einig und haben deshalb Stimmfreigabe beschlossen.

Die einen sagen, dass man es wagen sollte, dass Uster damit ein positives Signal setzt und sich als Sportstadt positionieren kann, und dass man unbedingt mehr Wasserfläche braucht. Sie verweisen auf die 3+4 Mio von Bund und Kanton, welche die Rechnung wesentlich entlasten werden. Und auf den Wellness-Bereich, der die Nettobetriebskosten entlasten wird.

Bei den anderen überwiegen die Skepsis und die Sorge um die finanzielle Machbarkeit. Das Geld wird für andere Projekte fehlen. Uster kann nicht protzen. Und die notwendige Sanierung würde einen Bruchteil kosten.

Wogegen wir uns aber geschlossen wehren, ist die ewig wiederkehrende Überladung von Bauprojekten mit überrissenen grünen Forderungen. Es kann nicht sein, dass die öffentliche Hand einfach sinnlos Geld in Ökosymbolik investieren muss, in Projekte, welche wirtschaftlich absolut keinen Sinn machen. Bei allem Verständnis für Umwelthanliegen, die dem Freisinn schon weit länger ein Anliegen ist als den jungen öko-Parteien: Umweltschutz muss auf einer wirtschaftlichen Basis sein. Es wäre vielleicht ehrlicher zuzugeben, dass ein Hallenbad halt einfach viel Energie benötigt und ein Luxus ist, den wir uns leisten wollen, trotz allem. Anstatt mit völlig überrissenen

Forderungen nach Öko-Labels zu kommen, die es für Hallenbäder aus verständlichen Gründen gar nicht gibt.

Das Volk wird am Schluss entscheiden müssen, ob es ein sicher schönes, aber auch sehr ambitioniertes Projekt für gegen 40 Mio. oder vielleicht doch besser nur eine Sanierung für 5-7 Mio. haben will. Wir haben übrigens schon letztes Jahr darauf hingewiesen, dass es besser gewesen wäre, diese Frage schon mit dem Projektierungskredit dem Volk zu stellen, anstatt schon mal fast zweieinhalb Mio. Franken auszugeben. Leider hat man damals nicht auf uns gehört.

Cla Famos

Uster, 11. November 2013.

Wolfgang Harder ergreift das Wort. Es ist seiner Meinung nach ein Superprojekt und kostet sehr viel Geld, nahezu 40 Mio., wenn man realistisch ist, eine gute Sache also, aber das Volk muss entscheiden. Sollte das Volk die Vorlage versenken, dann wird es 10 Jahre gar kein Hallenbad geben. Es wird nach diesem Mammutprojekt nicht mehr viel Geld übrig sein, seine Fraktion wäre froh, es wäre etwas günstiger gewesen. Er fragt nach dem Nutzungsvertrag und wünscht, dass dieser noch in den Gemeinderat gebracht wird.

Gusti Hofmann

*Frau Präsidentin
Geschätzte Anwesende*

Für uns Grünen ist es ein "gfreutes" Projekt, welches allen Benutzergruppen Rechnung trägt. Sei es dem Schwimmclub, den Schulen, den Vereinen, den Familien und allen Anderen. Durch das erweiterte Konzept werden auch neue Besucher gewonnen. Die Bevölkerung kann von über 50% mehr Wasserfläche profitieren.

Das neue Hallenbad wird auf rund 50 Jahre Lebensdauer ausgelegt. Das verlangt eine nachhaltige Bauweise und eine der aktuellen Technik angepasste Bauweise. Ist das geplante Hallenbad energetisch auf dem aktuellen Stand? Nein ist es nicht. Es ist separat aufgeführt, wie das zu erreichen wäre, nämlich mit einem Mehraufwand von 8 Promille. Was sind 8 Promille? Das sind Peanuts über das Ganze gesehen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, auf dem Pult hat es symbolisch ein Nüssli. Ein Nüssli in Relation zur Nüssli-Packung, es spricht für sich.

Was beinhaltet nun das Minergie "Plus", dass 8 Promille Mehrkosten verursacht. Die Gebäudehülle wird besser gedämmt und energetisch bessere Fenster eingesetzt. Das bewirkt, dass weniger Wärme entweicht und somit weniger Betriebskosten entstehen. Und es ergibt sich noch eine Komfortsteigerung. Dadurch, dass die Oberflächentemperatur steigt bei Wänden und Fenstern, ergibt das ein behaglicheres Temperaturempfinden. Ähnliches bei den Sonnenkollektoren zur Warmwassererzeugung. Ergibt nicht nur weniger Betriebskosten, sondern reduziert auch noch den CO2-Ausstoss. Das effizientere Motoren eingesetzt werden bei Lüftung und Umwälzpumpen senkt den Stromverbrauch merklich.

Alle diese Massnahmen sind in 10 bis 20 Jahren amortisiert, je nach Energiepreisen, also vor der erwarteten Lebensdauer, d.h. es lohnt sich nicht nur oekologisch, sondern auch wirtschaftlich. Weil nach Ablauf der Amortisation die Betriebskosten sinken werden, wirkt sich dies positiv auf den Deckungsbeitrag aus.

Deshalb unterstützen wir Grünen den Antrag der Kommission:

Für fast den gleichen Betrag werden 32 neue Parkplätze erstellt. Anscheinend ist dies eine Bauaufgabe, damit das Hallenbad in dieser Form realisiert werden kann. Wir Grünen schlucken dies, auch wenn es schwer verdaulich ist.

Wir Grünen als ökologische Partei sind für eine nachhaltige Bauweise und für Materialien und Recyclingprodukte aus der Region. In dieser Situation, in dem der Recyclingbeton in der Region schwer erhältlich ist und aus der weiteren Region hergekauft werden müsste, ist für uns das Kriterium bezüglich der Minergie eco Option. Wir sind aber der Meinung, dass die sinnvolle Regenwasser-nutzung um die Sportplätze zu bewässern auch später noch realisiert werden kann.

Gusti Hofmann

Keine weiteren Wortmeldungen erwünscht.

Anbei nochmals die beiden Anträge:

Sachkommissions-Antrag

Zur Sanierung und Erweiterung des Hallenbades Buchholz wird ein Investitionskredit von neu 38'481'000 Franken inkl. Mehrwertsteuer (Kostenvoranschlag +/- 10%) bewilligt. („Basisvariante“ inkl. Realisierung im Minergie Plus Standard und der Option „Kinderplanschbecken“)

SP-Antrag

1. Zur Sanierung und Erweiterung des Hallenbades Buchholz wird ein Investitionskredit von 38'166'000 Franken inkl. MWST (Kostenvoranschlag +/- 10 %) bewilligt («Basisvariante» mit Option «Kinderplanschbecken»).

2. Zur Erreichung des Energiestandards «Minergie Plus» wird ein zusätzlicher Kredit von 315'000 Franken (inkl. MWST) bewilligt.

3. Der Kredit zur Sanierung und Erweiterung des Hallenbades Buchholz über 38'166'000 Franken (inkl. MWST) sowie der Kredit zur Erfüllung des Energiestandards «Minergie Plus» über 315'000 Franken (inkl. MWST) werden der Urnenabstimmung unterbreitet.

4. Über den Kredit zur Erreichung des Energiestandards «Minergie Plus» wird als zusätzliche Fragestellung i.S. von Art. 15 Gemeindeordnung abgestimmt.

5. Mitteilung an den Stadtrat zum Vollzug

Die Vorsitzende bestimmt, dass die beiden Anträge gegeneinander ausgemacht werden. Jedes Ratsmitglied hat nur eine Stimme.

Abstimmung: Sachkommissionsantrag: 10 Stimmen, SP-Antrag: 23 Stimmen

Abstimmung über den SP-Antrag

Der Gemeinderat beschliesst

mit 29 : 3 Stimmen

den SP-Antrag anzunehmen.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Schlussabstimmung mit den Änderungen:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 26 : 4 Stimmen

1. **Zur Sanierung und Erweiterung des Hallenbades Buchholz wird ein Investitionskredit von 38'166'000 Franken inkl. MWST (Kostenvoranschlag +/-10 %) bewilligt («Basisvariante» mit Option «Kinderplanschbecken»).**
2. **Zur Erreichung des Energiestandards «Minergie Plus» wird ein zusätzlicher Kredit von 315'000 Franken (inkl. MWST) bewilligt.**
3. **Der Kredit zur Sanierung und Erweiterung des Hallenbades Buchholz über 38'166'000 Franken (inkl. MWST) sowie der Kredit zur Erfüllung des Energiestandards «Minergie Plus» über 315'000 Franken (inkl. MWST) werden der Urnenabstimmung unterbreitet.**
4. **Über den Kredit zur Erreichung des Energiestandards «Minergie Plus» wird als zusätzliche Fragestellung i.S. von Art. 15 Gemeindeordnung abgestimmt.**
5. **Mitteilung an den Stadtrat zum Vollzug**

7 Antrag der Primarschulpflege betreffend Kreditgenehmigung für den Wettbewerb und das Vorprojekt neues Schulhaus Krämeracker (Antrag Nr. 190/2013)

Für die Kommission Bildung und Kultur referiert **Claudia Wyssen**.

Der Gemeinderat hatte am 27. Mai 2013 den letzten Antrag zum Schulhaus Krämeracker (Antrag 160) abgelehnt, da keine Einigung bezüglich Klassenräume und Optionen gegeben war.

Daraufhin wurde am 2. September 2013 die Motion 578 an die Primarschule überwiesen, welche einen neuen Kreditantrag verlangte, der die gefundenen gemeinsamen Nenner der beteiligten Fraktionen berücksichtigte. Der Konsens bestand darin, dass der Investitionskredit maximal 35 Mio. Franken ohne Land betragen sollte, eine Doppelturnhalle, Photovoltaik, wenn innerhalb des Investitionskredites möglich, Optionen für Minergie P-Eco und eine Tagesschule. Gleichzeitig wurde die Sekundarschule mittels Postulat beauftragt, den Nachweis für die vorgesehenen 6 Klassenzimmer zu erbringen.

Eine Überprüfung der bisherigen Schulraumstrategie durch ein externes, erfahrenes Raumplanungsbüro ergab, dass der bisher berechnete Schülerzuwachs zu zurückhaltend berechnet worden ist. Die grosse Differenz zwischen der bisherigen Schulraumstrategie der Primarschule Uster und dem externen Raumplanungsbüro besteht in 20 Klassen mehr, welche das externe Raumplanungsbüro bis 2022/2023 prognostiziert. So geht das externe Büro sogar davon aus, dass das neue Schulhaus Krämeracker nicht ausreichen wird, sondern ein weiteres Schulhaus gebaut werden muss, um den Schülerzahlen gerecht werden zu können.

Die Sekundarschule Uster verzichtet in ihrer Postulatsantwort auf zwei Klassenzimmer zugunsten der Primarschule Uster, da der Bedarf dort deutlich grösser sein wird, als bei ihnen.

Da sich die übrigen Ausführungen des Antrages 190 in weiten Teilen mit denen des letzten Antrages zum neuen Schulhaus Krämeracker decken, werde ich im folgenden auf die Sitzung der Kommission für Bildung und Kultur eingehen.

In der KBK wurde folgender Änderungsantrag gestellt:

Zum Dispositiv 2:

Für den Wettbewerb und die Erarbeitung des Vorprojektes werden als Konkretisierung der durch die Motion 578 festgelegten Projektvorgaben die folgenden ergänzenden Vorgaben gemacht:

- zu den 22 Zimmern der Basisvariante sind zusätzliche 4 Klassenzimmer mit Nebenräumen als Raumreserve oder für eine Tagesschule zu planen*
- Das Schulhaus wird mit Photovoltaikanlage geplant, so dass das Schulhaus die baulichen Voraussetzungen an die Statik, Elektrozuleitungen etc. für die Realisierung mit der Photovoltaikanlage erfüllt. Falls die geschätzten Baukosten des Vorprojekts inklusiver der Photovoltaikanlage den Kostenrahmen von CHF 35 Mio. übersteigen, muss die Realisierung durch Dritte angestrebt werden.*

Die restlichen Dispositive bleiben unverändert.

Weiter wird der Antrag gestellt, dass beim vorher erwähnten Antrag im letzten Satz eine andere Formulierung zu verwenden ist, nämlich „... muss die Realisierung durch Dritte erfolgen“.

Diese beiden Anträge wurden einander gegenübergestellt und ausgemehrt mit dem Ergebnis, dass ersterer mit der Formulierung „die Realisierung muss durch dritte angestrebt werden“ 6:2 obsiegte.

Danach stimmte die Kommission dem obsiegenden Antrag mit 8:0 Stimmen zu. Damit beantragt ihnen die KBK den als Tischaufgabe vorliegenden Antrag.

Weiter wurde der Antrag gestellt, dass die Option Energie-Standard Minergie P-eco mit Zusatzkosten von CHF 128'000 wieder in den Antrag aufgenommen wird. Diesen Antrag lehnte die KBK mit 6:2 Stimmen ab.

Die Kommission für Bildung und Kultur stimmte dem geänderten Antrag 190 einstimmig zu.

Für die KBK, Claudia Wyssen

Für die Rechnungsprüfungskommission referiert **Walter Meier**.

Geschätzte Ratspräsidentin
Geschätzte Anwesende

Nach der Veröffentlichung der Ergebnisse der Expertise zur Schulraumstrategie 2013/2023 scheint es, dass es den Ustermer Parlamentarierinnen und Parlamentariern bewusst ist, dass wir möglichst schnell ein neues Schulhaus Krämeracker benötigen und dieses möglichst gross bauen müssen. Vermutlich werden wir uns ja in den nächsten 10 Jahren nochmals mit einem Schulhaus-Neubau beschäftigen müssen. Wir wissen nur noch nicht wo.

In der RPK wurde – nachdem aus der KBK berichtet worden war - die Frage gestellt, wer nun die Photovoltaik-Anlage bauen würde. Dazu wurde festgehalten, dass es jetzt um den Wettbewerb und das Vorprojekt gehe. Erst bei der Diskussion um den Baukredit muss diese Frage geklärt werden.

Weil der Antrag der Fraktionen der SVP, SP und GLP/EVP/CVP in der KBK eine Mehrheit gefunden hatte, galt dieser Antrag in der RPK als gestellt. Dieser Antrag lautet:

2. Für den Wettbewerb und die Erarbeitung des Vorprojektes werden als Konkretisierung der durch die Motion 578 festgelegten Projektvorgaben die folgenden ergänzenden Vorgaben gemacht:
 - o Zu den 22 Zimmern der Basisvariante sind zusätzliche 4 Klassenzimmer mit Nebenräumen als Raumreserve oder für eine Tagesschule zu planen
 - o Das Schulhaus wird mit Photovoltaikanlage geplant, so dass das Schulhaus die baulichen Voraussetzungen an die Statik, Elektrozuleitungen etc. für die Realisierung mit der Photovoltaikanlage erfüllt. Falls die geschätzten Baukosten des Vorprojekts inklusiver der Photovoltaikanlage den Kostenrahmen von CHF 35 Mio. übersteigen, muss die Realisierung der Photovoltaik durch Dritte angestrebt werden.

In der RPK wurde der Antrag gestellt, die Option „Energie-Standard Minergie P-eco (Zusatzkosten 128'000)“ im Dispositiv 2 zu belassen (Antrag Primarschulpflege) resp. ins Dispositiv 2 aufzunehmen (Antrag der 3 Fraktionen).

Dazu wurde in der RPK bemerkt, dass die Investitionen ja immer nur die eine Seite der Medaille sind. Gleichzeitig müsste man sagen, dass bei dieser Investition die Betriebskosten um ca. Fr. 10'000 pro Jahr sinken würden.

Abstimmungen

Der Antrag, Minergie P-eco ins Dispositiv 2 aufzunehmen wurde mit 3 : 4 Stimmen abgelehnt.

Den Antrag der Fraktionen der SVP, SP und GLP/EVP/CVP, das Dispositiv 2 zu ersetzen wurde mit 7 : 0 angenommen.

In der Schlussabstimmung wurde der geänderte Antrag 190 mit 7 : 0 gutgeheissen.

09. November 2013 / Walter Meier, GR

Der Stadtrat wünscht nicht das Wort.

Balthasar Thalmann

*Frau Präsidentin
Geschätzte Anwesende*

Wenn man auf einer Bergtour den falschen Weg gewählt hat, dann sollte man vernünftigerweise zum letzten Wegweiser zurückgehen und die Karte nochmals studieren. Nicht anders ist dies in der Politik.

Wir, die politisch Verantwortlichen für dieses Geschäft, haben dies gemacht und uns auf einen gemeinsamen Weg und ein gemeinsames Ziel verständigt - nämlich genügend und guten Schulraum für unsere Schülerinnen und Schüler zur Verfügung zu stellen. Die Zusatzrunde hat sich für das ganze Vorhaben gelohnt und für die SP-Fraktion ist das Ziel erreicht.

Wir sind jetzt gespannt, wie in der Öffentlichkeit und den Medien das Resultat gewürdigt wird.

Besten Dank.

Balthasar Thalmann

Marianne Siegrist

Referat zum Antrag Nr. 190 der Primarschulpflege betr. Kreditgenehmigung für den Wettbewerb und das Vorprojekt Neues Schulhaus Krämeracker

*Sehr geehrte Frau Präsidentin
Geschätzte Anwesende*

Die FDP/JFU Fraktion unterstützt den Antrag der Motionäre dahingehend, dass sie einverstanden ist mit dem Bau von 22 Klassenzimmern plus 4 Reservezimmern. Zusätzlich soll eine Zweifachturnhalle erstellt werden. Das Gebäude soll photovoltaiktauglich sein, d.h. die baulichen Voraussetzungen sollen erfüllt sein, damit ein Dritter, vorzugsweise die Energie Uster AG, die Photovoltaikanlage erstellen kann. Keinesfalls soll die PS, bzw. die Abteilung Liegenschaften die Photovoltaikanlage bauen, nachdem die Energie Uster AG die Produktion von erneuerbaren Energie neu in ihre Geschäftsstrategie aufgenommen hat.

Unsere Argumentation:

Aufgrund der Unterlagen und Begründungen der PS für ihre geforderten 22 Klassenzimmer beim ersten Antrag konnten wir nur die Minimalvariante unterstützen. Die Begründung für die Reservezimmer wurde zu einseitig vom Bau des Eschenbühlquartiers abhängig gemacht und war

für uns nicht stichhaltig. Zudem waren wir mit der Aufteilung des Schulraums zwischen PS und SSU nicht einverstanden.

Die Begründung beim vorliegenden Antrag ist besser auf die bestehenden Zahlen der Schulraumstrategie abgestützt. Zudem hat die Schulraumberechnung des externen Büros den grossen Bedarf der Primarschule bestätigt. In Klammer, zu dieser externen Studie setzen wir gewisse Fragezeichen, mit der Tendaussage sind wir aber einverstanden. Unsere Forderung, die wir von Beginn der Diskussion um den Neubau des Schulhauses Krämeracker konstant vertreten haben, nämlich, dass die Sekundarschule zu viel Schulraum beansprucht, die PS hingegen zu wenig, wird nun durch die externe Studie bestätigt! Ein Gefühl der Genugtuung können wir uns nicht verkneifen! Eine Verschiebung der Schulraumbeanspruchung zwischen SSU und PSU ist nun im neuen Antrag berücksichtigt.

Der Schulhausneubau soll die vorhandenen Platzverhältnisse optimal ausnützen. Damit werden die Kosten pro Schulzimmer gesenkt und die höchst mögliche Effizienz erreicht. Mit diesen Begründungen können wir dem Antrag der PS, bzw. der Motionäre, 22 Klassenzimmer plus 4 Reservezimmer, zustimmen. Wir warten gespannt auf das Siegerprojekt des Wettbewerbs und werden die Kosten sehr kritisch unter die Lupe nehmen.

Wermatswil, 11. Nov. 2013

Marianne Siegrist, FDP Gemeinderätin

Ursula Räuftlin

*Sehr geehrte Frau Präsidentin,
geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen,
geschätzte Anwesende*

Ein Schulhaus bauen wir in Uster nicht alle Tage. Es hat sich jetzt wirklich gelohnt, mit einer neuen Schulraumexpertise allen bisher eher skeptischen Gemeinderäten den Schulraumbedarf plausibel darzulegen. Mit dem vorliegenden Antrag bzw. der vorliegenden konkretisierten Tischvorlage werden wir nun 8 Schulräume mehr erhalten, als in der Schlussabstimmung am 27. Mai enthalten gewesen wären.

Voraussetzung für das Wiederaufnehmen des abgebrochenen Prozesses war, dass die Parteien zu Kompromissen bereit sind um einen mehrheitsfähigen Vorschlag zu erarbeiten. Die drei Fraktionen, die die Motion ausgearbeitet haben, haben Kompromissbereitschaft gezeigt und sind sich in ihren Forderungen entgegengekommen. Gemeinsam haben sie auch auf die konkretisierte Tischvorlage hingearbeitet. Wenn wir von der GLP-EVP-CVP-Fraktion heute gegen den Minderheitenantrag der Grünen für Minergie-P stimmen, heisst dies nicht, dass wir gegen grüne Anliegen sind, sondern dass wir kompromissfähig sind und hier und heute unsere Verlässlichkeit gegenüber den anderen am Kompromiss beteiligten Fraktionen zeigen.

Wir erwarten aber ganz klar, dass ein auf lange Sicht wirtschaftlich günstiges Schulhaus erstellt wird. Bei der Planung sind deshalb, wie in der Motion gefordert wurde, die zukünftigen Betriebs- und Unterhaltskosten mit zu berücksichtigen und im Antrag für den Baukredit klar darzulegen. Die Reduktion des zukünftigen Energiebedarfs ist dabei sicher ein zentrales Thema, das aber unserer Ansicht nach nicht zwingend an ein einziges vorgegebenes Label gehängt werden muss.

Dass Photovoltaik mit einzuplanen ist, ist unbestritten. Diese soll in erster Linie vom Bauherrn erstellt werden und nur falls der Kostenrahmen überschritten wird, eine Finanzierung durch Dritte angestrebt werden. Die Energie Uster steht schon beinahe in den Startlöchern, um einzuspringen und diese Anlage zu realisieren.

Die neu erstellt Schulraumexpertise zeigt deutlich auf, dass sich die Primarschulpflege bereits über ein nächstes Schulbauprojekt Gedanken machen muss. Die Grünen fordern hier jetzt mit ihrem Antrag, dass das Schulhaus so gebaut werden muss, dass es später aufgestockt werden kann. Unsere Fraktion steht prinzipiell für die Verdichtung im Zentrum von Uster ein. Das Baugrundstück im Krämeracker wird aber mit der jetzt beantragten Schulhausgrösse maximal ausgenutzt. Schulhäuser für Primarschüler sollen nicht mehr als drei Stockwerke aufweisen. Zudem wäre es mit einer reinen Aufstockung ja nicht gemacht. Es müsste dann auch wieder eine zusätzliche Turnhalle erstellt und zusätzlicher Aussenraum zur Verfügung gestellt werden. Platz, der einfach nicht vorhanden ist. Ich sehe eher eine Erweiterung des zentralsten Schulhauses in Uster, des Pünt im Bereich der Landihalle.

Die GLP/EVP/CVP-Fraktion lehnt die vorliegenden Anträge der Grünen (und der FDP) ab und stimmt dem Änderungsantrag aus der Kommission zu.

*Ursula Räuftlin
Gemeinderätin Grünliberale*

Patricio Frei

*Sehr geehrte Frau Präsidentin
Liebe Kolleginnen und Kollegen
Geschätzte Anwesende*

Effizienter Umgang mit unseren Ressourcen, Umweltschutz, Nachhaltigkeitsartikel der Gemeindeordnung, Goldambitionen als Energiestadt und und und – Gründe für ein Schulhaus Krämeracker, das die Anforderungen von Minergie-P-Eco erfüllt, gibt es viele. Nehmen wir beispielsweise den effizienten Umgang mit Ressourcen: Minergie-P-Eco reduziert den Wärme-Bedarf für ein Gebäude um rund einen Viertel. Ein sparsamer Umgang mit dieser Energie muss für die Stadt an erster Stelle stehen – egal woher sie stammt, sei es aus der nahen Kläranlage oder aus einem Ölfeld im Nahen Osten.

Während viele Gründe für den Minergie-P-Eco sprechen, können die Gegnerinnen und Gegner nur ein Argument anführen: Sparen! Vordergründig halten sie mit ihrer Verweigerung tatsächlich die Kosten tief, aber nur bei den Investitionen. Jeder, der 1 und 1 zusammenzählen kann, erkennt, dass sich gerade mit Minergie-P-Eco Geld sparen lässt. Denn bei der Gesamtkostenrechnung schneidet diese Bauweise deutlich besser ab: Die zusätzlichen Investitionskosten lassen sich im Betrieb mühelos amortisieren.

Zudem: Wir Grünen wollen bekanntlich nicht das Label sondern den Nutzen. Mit anderen Worten: Wir wollen, dass das Schulhaus die Anforderungen an Minergie-P-Eco sinngemäss erfüllt.

Um die Relationen zu verstehen: Wir sprechen da von 128'000 Franken; ein Betrag, der im Kreditrahmen von 35 Millionen Franken mühelos Platz hätte, vor allem bei einer Genauigkeit von 20%; ein Betrag aber auch, der im Verhältnis zur Gesamtsumme eigentlich gar keiner Diskussion bedürfte: Das ist doch Peanuts! Als Erinnerung daran, finden Sie auf Ihrem Pult ein zweites Erdnüsschen.

Wir Grünen möchten das neue Schulhaus nicht nur ökologisch nachhaltig bauen. Wir wollen ein Schulhaus für die Zukunft. Deshalb haben wir einen zweiten Antrag eingereicht, um das Schulhaus statisch so zu bauen, dass es – bei Bedarf – um ein Stockwerk erweitert werden könnte. Dass dies sinnvoll ist, zeigt sich aktuell am Beispiel der Sanierung der Liegenschaft Dammstrasse, wo zuerst noch abgeklärt werden muss, ob die bestehende Bausubstanz eine Erweiterung zu tragen vermag. Ein Lotteriespiel!

Die Prognosen der Schulpflegen für die nächsten zehn Jahre sprechen von einem zusätzlichen Schulraumbedarf von bis zu 25%! Angesichts dessen, dass sich unsere Landreserven dem Ende

zuneigen und Uster weiterwächst, sind wir vielleicht eines Tages froh, wenn wir das Schulhaus Krämeracker aufstocken können.

Das ein weiteres Stockwerk nicht dem Zonenplan entspricht, ist kein Grund diesen Vorschlag abzulehnen. Es geht ja nicht darum, die zusätzliche Etage jetzt schon zu bauen, sondern nur um bauliche Vorkehrungen – und das verbietet der Zonenplan nicht. Und dass bei Bedarf der Zonenplan dann geändert werden kann, hat dieser Rat ja bereits aufgezeigt.

Wir Grünen danken Ihnen für die Unterstützung unserer beiden Anliegen.

*Patricio Frei
Fraktionspräsident Grüne*

Claudia Bekier

Sehr geehrte Frau Gemeinderatspräsidentin, geschätzte Anwesende

Als Schildbürger wurde der Gemeinderat Uster von der Presse betitelt, als er im Mai den Kreditantrag 160 der Primarschule ablehnte. Doch während Schildbürger unfähig sind, etwas Misslungenes zu ändern und endlos über den Grund ihrer Unfähigkeit rätseln, hat sich in Sache Krämeracker seit dem Frühling viel bewegt:

Zuerst haben sich alle Fraktionspräsidenten an einen Tisch gesetzt. Resultat der Verhandlungen waren die Motion Nr. 578 an die Primarschule sowie das Postulat Nr. 579 an die Sekundarschule, welche schlussendlich von der SP-Fraktion, der GLP/CVP/EVP-Fraktion und SVP/EDU-Fraktion unterzeichnet wurden. Nebst dem Auftrag, das Kostendach von Fr. 35 Mio. nicht zu überschreiten und eine Doppelturnhalle zu realisieren, wurden beide Schulpflegen aufgefordert, ihren künftigen Raumbedarf transparenter aufzuzeigen. Ein externes Raumplanungsbüro stellte dann fest, dass der tatsächliche Raumbedarf in den kommenden Jahren je nach Schulstufe 10-35% mehr beträgt als bisher angenommen. Diese Erkenntnisse wurden in der KBK anschaulich präsentiert und von den Mitgliedern in ihre Fraktionen getragen, wo hoffentlich die letzten Zweifler überzeugt werden konnten.

Im Nachhinein ist diese Zusatzschleife als Gewinn zu betrachten. Nur dank dem, dass man nochmals über die Bücher gegangen ist, hat man schlussendlich vier zusätzliche Schulzimmer gewonnen und ist sich auch klar darüber geworden, welche weiteren Punkte verbindlich sind.

Für mich persönlich waren die intensiven Diskussionen um das Thema aber auch eine eindrückliche Erfahrung: Obwohl sich die Meinungen zwischen rechts und links manchmal um 180 Grad unterscheiden, ist es gelungen, in diesen Verhandlungen Kompromisse einzugehen um nun hoffentlich ein zügiges Vorschreiten des Projektes Krämeracker zu ermöglichen, zum Wohle unserer Schule.

Demzufolge ist es logisch, dass die SVP/EDU- Fraktion den Antrag 190, welche die Forderungen der Motionäre und Postulanten gut umsetzt, unterstützt.

Sämtliche weiteren Zusatzanträge die heute gestellt werden, werden wir aber nicht unterstützen.

Mit bestem Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

11.11.2013

Claudia Bekier

Primarschulpräsidentin Sabine Wettstein ergreift das Wort. Der Rat hat heute über happige Grossprojekte zu entscheiden, sie erinnert aber daran, dass es hier erst um das Stadium Vorprojekt geht. Es sind deshalb auch diverse Vertreter der Schule anwesend. Inhaltlich will sie sich nicht mehr äussern, nur eine Bemerkung zu den Grünen: Minergie P eco: Das Schulhaus Oberuster ist in diesem Label erstellt und die Erfahrung zeigt, dass dies nicht optimal für ein Schulbetrieb ist. Zum zusätzlichen Stockwerk: architektonisch kann sie es ad hoc nicht beurteilen, aber man ist auf dem Maximum, was gerechnet wurde. Es geht hier nicht nur um Einschränkungen betreffend Zonenordnung, sondern auch betreffend Aussenanlagen. Es sind enge Grenzen betreffend dem Aussenraum gesetzt, höhere Schülerzahlen sind nicht mehr fassbar. Wir würden uns freuen, wenn der Rat heute dem Raumprogramm so zustimmen kann, damit weitergearbeitet werden kann.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Sachkommissions-Antrag

Für den Wettbewerb und die Erarbeitung des Vorprojektes werden als Konkretisierung der durch die Motion 578 festgelegten Projektvorgaben die folgenden ergänzenden Vorgaben gemacht:

- *Zu den 22 Zimmern der Basisvariante sind zusätzliche 4 Klassenzimmer mit Nebenräumen als Raumreserve oder für eine Tagesschule zu planen*
- *Das Schulhaus wird mit Photovoltaikanlage geplant, so dass das Schulhaus die baulichen Voraussetzungen an die Statik, Elektrozuleitungen etc. für die Realisierung mit der Photovoltaikanlage erfüllt. Falls die geschätzten Baukosten des Vorprojekts inklusiver der Photovoltaikanlage den Kostenrahmen von CHF 35 Mio. übersteigen, muss die Realisierung der Photovoltaik durch Dritte angestrebt werden.*

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 35 : 0 Stimmen

den Antrag anzunehmen.

Anträge der Grünen

1. Energie-Standard Minergie P-eco als Projektvorgabe (Zusatzkosten von 128'000 Franken)

Der Bau des Schulhauses Krämeracker erfüllt die Anforderungen für Minergie P-eco sinngemäss. Begründung: Für relativ geringe Zusatzkosten erreichen wir eine Bausubstanz, die den Bedarf an Heizenergie und somit die Umweltbelastung senkt sowie in der Gesamtrechnung (Einsparungen bei Betriebskosten) betriebswirtschaftlich sinnvoll ist.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 25 : 3 Stimmen

den Antrag abzulehnen.

2. Bauliche Vorkehrungen für ein zusätzliches Stockwerk als Projektvorgabe

Das neue Schulhaus Krämeracker wird statisch so gebaut, dass in Zukunft bei Bedarf (und der entsprechenden Änderung des Zonenplans) das Gebäude um ein weiteres Stockwerk erweitert werden kann.

Begründung: Zur Erinnerung: Ursprünglich haben wir im Gemeinderat darüber gestritten, ob das neue Schulhaus 22 oder 18 Klassenzimmer erhält. Jetzt sind wir bereits bei 26 Zimmern. Der Bedarf an Klassenzimmern ist aber laut Prognosen noch viel höher, das nötige Bauland aber aufgebraucht. Und da ein Schulhaus für mindestens 50 Jahre gebaut wird, wären Vorkehrungen für eine mögliche Aufstockung sinnvoll.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 31 : 3 Stimmen

den Antrag abzulehnen.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Schlussabstimmung über den geänderten Antrag:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 35 : 0 Stimmen

- 1. Für die Durchführung des Wettbewerbs und die Erarbeitung des Vorprojektes für ein neues Schulhaus Krämeracker wird ein Investitionskredit von 1'350'000 Franken (inkl. MwSt.) bewilligt.**
- 2. Für den Wettbewerb und die Erarbeitung des Vorprojektes werden als Konkretisierung der durch die Motion 578 festgelegten Projektvorgaben die folgenden ergänzenden Vorgaben gemacht:**
 - Zu den 22 Zimmern der Basisvariante sind zusätzliche 4 Klassenzimmer mit Nebenräumen als Raumreserve oder für eine Tagesschule zu planen**
 - Das Schulhaus wird mit Photovoltaikanlage geplant, so dass das Schulhaus die baulichen Voraussetzungen an die Statik, Elektroleitungen etc. für die Realisierung mit der Photovoltaikanlage erfüllt. Falls die geschätzten Baukosten des Vorprojekts inklusiver der Photovoltaikanlage den Kostenrahmen von CHF 35 Mio. übersteigen, muss die Realisierung der Photovoltaik durch Dritte angestrebt werden.**
- 3. Die Motion Nr. 578 «Kreditvorlage für ein neues Schulhaus Krämeracker» und das Postulat Nr. 579 «Benötigte Anzahl Schulzimmer im von der PSU geplanten Schulhaus Krämeracker» werden als erledigt abgeschrieben.**
- 4. Mitteilung an die Primarschulpflege zum Vollzug**

**8 Antrag des Stadtrates betreffend Abteilung Gesundheit - Geschäftsfeld Sport
Fussball-Anlage Heusser-Staub - Ersatz Garderoben-Anlage
(Antrag Nr. 187/2013)**

Für die Kommission Bildung und Kultur referiert **Marianne Siegrist**.

*Sehr geehrte Frau Präsidentin
Geschätzte Anwesende*

An der Sitzung vom 9. Sept. 2013 informierten Stadträtin Esther Rickenbacher, Abteilungsleiterin Frau Bernhard und der Architekt Herr Aebi über das Bauvorhaben.

Die Fussballanlage auf der Heusser-Staub Wiese ist die zweite Trainingsstätte des FC Usters. Ein Baurechtsvertrag aus dem Jahr 1964 regelt, dass der FC Uster auf dem Heusser-Staub Areal ein Garderobegebäude bauen und für 50 Jahre nutzen kann. Diese Vereinbarung läuft im 2014 aus und muss deshalb neu geregelt werden.

Der Stadtrat sieht vor, dass die Fussballanlagen langfristig auf dem Buchholz konzentriert werden sollen.

Damit der Fussballbetrieb auf der Heusser-Staub Wiese in geordneter Weise weiterlaufen kann, sollte das Garderobegebäude, welches in sehr schlechtem baulichen Zustand ist, ersetzt werden. Es gibt keine geschlechtergetrennte Duschen und auch die Trainer/Kindergarderoben sind nicht getrennt. Weiter sind die sanitären Anlagen in schlechtem Zustand. Aus oben genannten Gründen wird deshalb eine Container-Lösung vorgeschlagen, mit dem Vorteil, dass ein Container an einem andern Ort wieder aufgestellt werden kann. Neu sind sechs anstelle von vier Garderoben vorgesehen sowie Garderoben für Schiedsrichter und Trainer inklusive Sanitätsraum und Gäste WC mit separatem Eingang. Die vorgeschlagene Container Lösung erfüllt die Anforderungen für ein fünfjähriges Provisorium betreffend energetischen Auflagen, Verlängerungen werden im Normalfall vom Kanton bewilligt.

Der Unterhalt der Fussballanlage erfolgt weiterhin durch das Geschäftsfeld Sport, die Reinigung der beiden Garderobegebäude organisiert und finanziert der FC Uster.

Fragen betr. baulicher Details wurden wie folgt beantwortet:

Die Container sind sehr gut wärmegeämmt, nur so erfüllen sie die Bewilligung für ein fünfjähriges Bestehen. Die vorgeschriebenen Sonnenkollektoren und die Gasheizung verteuern die Container. Im Gegenzug können diese länger stehen bleiben. Als Vorbereitung ist ein Fundament aus Eisenträgern nötig, zusätzlich wird die Kanalisation saniert. Ein Umzug ins Buchholz sei möglich, Transportkosten und Vorbereitungsarbeiten seien dazu notwendig.

Die Kommission wurde informiert, dass der Baurechtsvertrag entschädigungslos aufgelöst wird. Es bestehe nach dem Erstellen der Container kein Baurechtsverhältnis mehr, da die Stadt Uster als Ersteller auch Eigentümer der neuen Garderobenanlage sei.

*Geprüft worden sind die Varianten Miete und Kauf: Für den **Kauf** des Containers mit fünfjährigem Provisorium werden die beantragten **680'000 Franken** benötigt, ohne Land und Finanzierung. Für eine **Miete über fünf Jahre** plus Vorbereitungsarbeiten werden die Kosten mit **769'300 Franken** angegeben. Die Kostengenauigkeiten beträgt +/- 15 %.*

Die KBK empfiehlt dem Gemeinderat einstimmig, für den Ersatz der Garderobenanlagen auf der Heusser-Staub Fussballanlage einen Investitionskredit von 680'000 Franken inkl. MWST zu bewilligen.

Marianne Siegrist, 11. November 2013

Für die Rechnungsprüfungskommission referiert **Gusti Hofmann**.

*Frau Präsidentin
Geschätzte Anwesende*

Die RPK hat den Antrag am 4. November behandelt. Es hat keine grosse Diskussion stattgefunden.

Das Kaufen vom Container ist günstiger über 5 Jahre, als den Container zu mieten, nämlich Fr. 680'000.-- zu rund Fr. 770'000.--. Wenn in etwa 5 Jahren die Fussballfelder im Buchholz errichtet werden, kann der Container mitgezügelt werden, weil es bei Grossanlässen immer zuwenig Infrastruktur hat.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Rolf Denzler

Ersatz Garderoben-Anlage FC Uster Fussball-Anlage Heusser-Staub

Wer in den letzten Monaten schon einmal persönlich einen Augenschein der Garderobenanlagen auf der Heusser-Staub-Wiese genommen hat, weiss in welch desolatem Zustand die sind und dass, ein Ersatzbau respektive Provisorium fast unausweichlich ist.

Aufgrund der aktuellen Situation rund um die Sportanlagen in Uster ist es auch klar, dass eine Verlegung und Zusammenzug der Fussballplätze mit zusätzlichen neuen Plätzen auf dem Buchholz kaum in den nächsten 2 -3 Jahren vollzogen werden kann. Ein Grund mehr, weshalb eine Lösung rund um das Garderobenproblem auf der Heusser-Staub-Wiese nicht noch weiter hinausgezögert werden kann.

Trotzdem waren ein paar Punkte für unsere Fraktion im Vorfeld zentral und zu klären:

Kauf oder Miete der Container ?

Aufgrund der Aussagen seitens von Esther Rickenbacher und unsere eigenen Abklärungen macht hier der Kauf gegenüber der Miete tatsächlich mehr Sinn. Die Container werden wohl mindestens für 5 Jahre (eher länger) in Betrieb sein.

Aus dem gleichen Grund, das heisst wegen der längeren Betriebsdauer, sind offenbar auch die Kosten mit jetzt Fr. 680'000 rund Fr. 130'000 höher als noch im Voranschlag 2013 eingestellt. Weil das Garderobenprovisorium sicher länger als 3 Jahre in Betrieb sein wird, sind die Vorschriften offenbar so, dass in Sachen Dämmung ein höherer Standard gewählt werden muss.

Zu guter Letzt wollten wir vorab auch noch definitiv geklärt haben, ob für die Stadt Uster mit dem 2014 auslaufenden Baurechtsvertrag zu Gunsten des FC Uster nicht noch zusätzliche Kosten wie zum Beispiel eine Heimfallentschädigung anfallen werden. Diese Fragen wurde seitens des Stadtrates ganz klar verneint.

Ein neues Garderobengebäude für den FC Uster ist für uns ausgewiesen und dringend nötig. Die SVP/EDU-Fraktion wird diesen Antrag unterstützen.

18.11.2013

Walter Meier

*Sehr geehrte Präsidentin
Sehr geehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen*

Gemäss Sportplanung soll der Fussball im Buchholz konzentriert werden. Dafür braucht es dort aber noch 2 Fussball-Felder, idealerweise Kunstrasen, eine Garderobenanlage und vermutlich noch ein paar Parkplätze. Wäre dies schon gebaut, hätten wir gar nie einen Antrag 187 erhalten.

Nun steht die Frage im Raum, ob der Antrag 187 wirklich hätte verhindert werden können. Ich wage zu behaupten, dass das Parlament die zusätzlichen Millionen, die es dafür gebraucht hätte, in der Investitionsrechnung auf die lange Bank geschoben hätte.

Deshalb: es braucht den Kredit und es ist zu hoffen, dass die Garderoben-Anlage in 5 – 10 Jahren den Weg ins Buchholz findet.

Die GLP / EVP / CVP-Fraktion unterstützt den Antrag.

Walter Meier, GR

Marianne Siegrist

*Sehr geehrte Frau Präsidentin
Geschätzte Anwesende*

Keine Frage, die Garderobenanlage auf der Heusser-Staub Wiese ist baufällig und vor allem sind die sanitären Anlagen in schlechtem Zustand, d.h. erneuerungsbedürftig. Mädchen- und Knabengarderoben und die dazugehörenden Duschen sollen ohne gegenseitige Störungen benutzt werden können. Ebenfalls sollen die erwachsenen Trainerpersonen getrennt duschen und sich umkleiden können. Diese Verbesserungen werden durch den beantragten Container erfüllt. Es ist uns unbegreiflich, dass eine solche Containerlösung, mit optimalster Wärmedämmung notabene, nur für fünf Jahre stehen bleiben kann. Der Amtsschimmel lässt grüssen.....

Die FDP/JFU unterstützt den Kauf der Container, diese sind notwendig damit ein geordneter Trainingsbetrieb stattfinden kann.

Ein wichtiges Anliegen möchten wir an dieser Stelle deponieren. Die bestehende Heusser-Staub Wiese ist optimal platziert. Sie ist inmitten einer Wohngegend mit vielen Kindern. Gestört wird kaum jemand durch den Trainingsbetrieb. Die Kinder der Quartiere Oberuster, Nossikon, Kirchuster können gefahrenfrei und selbständig, d.h. ohne dass sie von den Eltern begleitet werden müssen, quasi im Quartier trainieren. Deshalb sind wir interessiert, dass dieser Platz möglichst lange bestehen bleibt und die Verlegung ins Buchholz nochmals gut überlegt wird. Für Kinder ist es ein riesiger Vorteil, allein zu Fuss oder per Velo ins Training zu gehen. Bei meinem Sohn, der jahrelang auf der Heusser-Staub Wiese trainiert hat, habe ich diese Vorteile selbst erlebt.

Deshalb nochmals, Ja für die neue Garderobenanlage und dass sie möglichst lange auf der Heusser-Staub Wiese stehen bleibt!

*Marianne Siegrist
Gemeinderätin FDP/JFU Fraktion*

Gusti Hofmann

*Frau Präsidentin
Geschätzte Anwesende*

Die sanitären-Anlagen sind nicht nur alt , sondern ziemlich desolat und die Raumaufteilungen entsprechen nicht mehr den heutigen Anforderungen. Die Fussballfelder sind ziemlich ausgelastet und dementsprechend auch die Infrastruktur. Es ist nur folgerichtig, dass etwas gemacht wird, in Anbetracht, dass die Fussballfelder frühestens in 5 Jahren ins Buchholz zügeln können.

Wir Grünen unterstützen den Antrag.

Gusti Hofmann

Stadträtin Esther Rickenbacher ergreift das Wort. Sie führt aus, dass es dringend eine Übergangslösung braucht und dass sie froh wäre, wenn der Rat zustimmen würde. Der FC Uster ist der grösste Club von Uster. Der Mehrbetrag ist begründet in der Wärmedämmung.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 35 : 0 Stimmen

- 1. Für den Ersatz der Garderoben-Anlage auf der Fussball-Anlage Heusser-Staub wird ein Investitionskredit von Fr. 680'000 inkl. MWST bewilligt.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat.**

9 Antrag des Stadtrates betreffend ARA Uster, Erweiterung und Erneuerung der biologischen Stufe - Genehmigung der Bauabrechnung (Antrag Nr. 169/2013)

Der Antrag wird aufgrund der fortgeschrittenen Zeit auf eine kommende Sitzung vertagt.

**10 Antrag des Stadtrates betreffend Zustandserfassung der privaten Liegenschafts-
entwässerungsanlagen in besonders relevanten Grundwasservorkommen -
Genehmigung der Kreditabrechnung
(Antrag Nr. 181/2013)**

Der Antrag wird aufgrund der fortgeschrittenen Zeit auf eine kommende Sitzung vertagt.

**11 Antrag des Stadtrates betreffend Energie Uster AG / Geschäftsbericht 2012
(Antrag Nr. 182/2013)**

Der Antrag wird aufgrund der fortgeschrittenen Zeit auf eine kommende Sitzung vertagt.

12 Antrag des Stadtrates betreffend Seestrasse 107, Bereitstellen Schulraum Primarschule inkl. Fassadensanierung, Genehmigung der Bauabrechnung (Antrag Nr. 173/2013)

Der Antrag wird aufgrund der fortgeschrittenen Zeit auf eine kommende Sitzung vertagt.

**13 Antrag der Primarschulpflege betreffend Schulhausanlage Gschwader, Erstellen
Schulpavillon
(Antrag Nr. 179/2013)**

Der Antrag wird aufgrund der fortgeschrittenen Zeit auf eine kommende Sitzung vertagt.

Die nächste Sitzung des Gemeinderates findet am 2. Dezember 2013 statt.

Schluss der Sitzung

21.30 Uhr

Für das Protokoll

Die Parlamentssekretärin
Catherine Wenzel

Die Richtigkeit und Vollständigkeit
des Protokolls bezeugen

Datum

Die Präsidentin
Gabriela Seiler

Datum

Die Stimmenzähler

Marianne Siegrist

Claudia Wyssen

Bruno Modolo